Preisentwicklungen in Deutschland

Eine Analyse der steigenden Lebenskosten

Prometheus – Das Freiheitsinstitut und EPICENTER

Autor: Florian Rösch[1]

Im September 2022 betrug die Inflation in Deutschland 10,9% im Vergleich zum Vorjahr. Das ist der höchste jemals verzeichnete Wert für die Bundesrepublik Deutschland. Diese aktuellen Inflationsentwicklungen geben Anlass, die Preisentwicklungen der letzten Jahre zu analysieren. Diese Arbeit untersucht, welche staatlichen Eingriffe in Form von Besteuerung und Regulierung systematisch und dauerhaft zu höheren Preisen führen. Anhand einer genaueren Analyse einzelner Konsumkategorien wird gezeigt, dass staatliche Eingriffe in den Preismechanismus ein Grund für steigende Preise sind. Weiterhin stellt sich heraus, dass steigende Preise besonders einkommensschwache Haushalte belasten, dessen Inflationsraten bis über 3% höher sind im Vergleich zu einkommensstarken Haushalten. Während das Preisniveau kurzfristig durch reale Konjunkturzyklen sowie Maßnahmen der Zentralbank zur Konjunkturglättung bestimmt wird, können Technologieoffenheit und angebotsorientierte Maßnahmen langfristig den Anstieg der Lebenskosten reduzieren.

[1] Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften,
E-Mail: Florian.Roesch@stud.uni-frankfurt.de

1. Einleitung

Im September 2022 stieg das allgemeine Preislevel, gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex, um 10,9% im Vergleich zum Vorjahr. Das ist der höchste jemals verzeichnete Wert für die Bundesrepublik Deutschland (Destatis 2022c). Der maßgebliche Grund für diese ungewöhnlich hohen Inflationsraten ist die durch den Ukraine-Krieg ausgelöste Energiekrise. Eine Folge solcher Preissteigerungen sind steigende Lebenserhaltungskosten, welche jedoch nicht erst seit der Energiekrise stetig steigen. Längerfristige strukturelle Faktoren haben Preise unabhängig von den Auswirkungen der lockeren Geldpolitik der letzten Jahre erhöht. Zahlreiche Studien haben sich bereits mit den Auswirkungen der lockeren Geldpolitik beschäftigt (Papadamou et al. 2019). Der Fokus dieser Arbeit liegt jedoch in der Identifikation von staatlichen Eingriffen, die abseits der Geldpolitik Preise beeinflussen. Europäische Staaten reagieren häufig durch steuerliche und ordnungspolitische Maßnahmen auf steigende Preise und Lebenskosten. Diese Maßnahmen greifen stark in den Preismechanismus ein und sind so ein entscheidender Kostentreiber. Einige dieser Eingriffe mögen gerechtfertigt sein, um externe Effekte zu internalisieren, aber in vielen Fällen führen diese Eingriffe zu systematisch höheren Preisen ohne gerechtfertigte Begründung.

Diese Arbeit zeigt außerdem, dass Konsumenten mit niedrigerem Einkommen stärker von Preissteigerungen betroffen sind als Konsumenten mit höherem Einkommen. Ein Eingriff in den Preismechanismus durch Steuern oder Regulierung kann die wichtigste Aufgabe von Preisen, die effiziente Steuerung der Ressourcenallokation, verzerren oder sogar verhindern. Preise signalisieren Knappheit, Überangebot und Qualität von Produkten. Staatliche Eingriffe können diese Informationen verzerren, die Preise dadurch langfristig erhöhen und wichtige Anreize zur Nachfrage und Angebotsanpassung ausschalten.

Im nächsten Kapitel wird ein allgemeiner Überblick über die Preissteigerungen in Deutschland gegeben. Im Anschluss werden in Kapitel 3 die Auswirkungen von Preisen auf Konsumenten analysiert sowie detaillierte Analysen von ausgewählten Sektoren durchgeführt. Kapitel 4 fasst die Arbeit zusammen und zieht ein Fazit. Kapitel 5 gibt Handlungsempfehlungen.

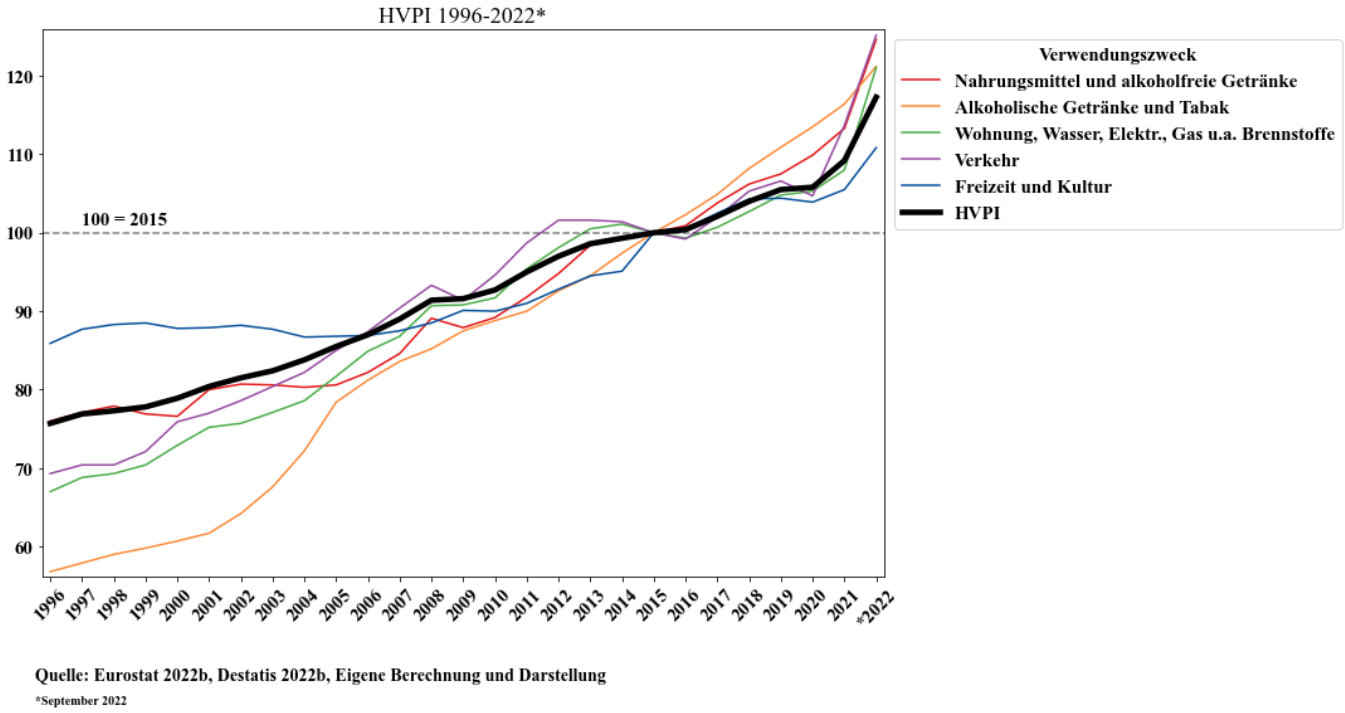
2. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex – Preissteigerungen im Überblick

Im folgenden Kapitel betrachte ich zunächst den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland insgesamt, um einen ein Überblick über generelle Preistrends zu geben. Eine gesamtdeutsche Betrachtung der Preisentwicklung ermöglicht es, in einem weiteren Schritt die einzelnen Komponenten des HVPI genauer zu betrachten, um so Sektoren und Produkte zu identifizieren, in denen staatliche Interventionen den Preis systematisch angehoben haben.

2.1. Definition und Entwicklung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex

Der HVPI ist ein Güterpreisindex und wird für Deutschland seit dem Jahr 1996 vom statistischen Bundesamt auf monatlicher Basis berechnet, um Preisänderungen auf nationalem Level abzubilden. Im Gegensatz zum Verbraucherpreisindex (VPI) ist der harmonisierte Index angepasst, um einen EU-weiten Vergleich zu ermöglichen. Die genaue Berechnung basiert auf den EU-Verordnungen (EG) Nr. 2016/792 sowie (EU) 2020/1148. Der HVPI dient den Regierungen und Zentralbanken der EU-Länder als zentraler Indikator für gesamtwirtschaftliche Preisentwicklungen. Als Preisstabilität wird von geldpolitischer Seite eine Teuerungsrate von knapp unter 2% angesehen (Destatis 2022b).

Abbildung 1: Harmonisierter Verbraucherpreisindex

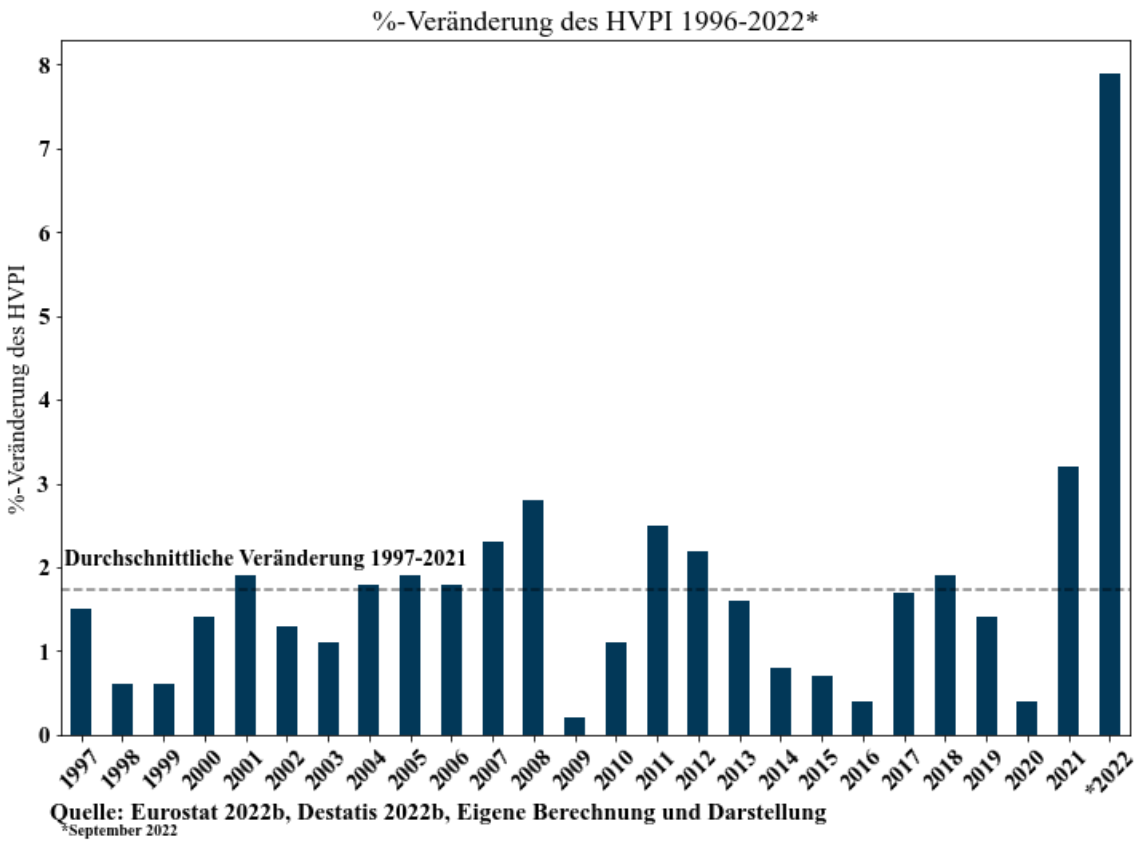


Der Güterwarenkorb des HVPI umfasst ca. 650 verschiedene Güter. Diese Güter werden in zwölf Hauptkategorien unterteilt. Die genauen Güter werden mit Hilfe von Stichproben ermittelt und alle fünf Jahre aktualisiert. Somit werden monatlich ca. 300.000 Einzelpreise erfasst und ausgewertet (Destatis 2022e).

Das Basisjahr des Index ist 2015. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des HVPI seit 1996 sowie eine ausgewählte Anzahl and Kategorien, darunter die größten Kategorien Nahrungsmittel und Getränke, Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas u.a. Brennstoffe und Verkehr. Im Jahr 1996 betrug der Indexwert des HVPI 75,7 Punkte und erreicht bis im Jahr 2022[2] einen Wert von 117,1 Punkten. Das entspricht einer Preissteigerung von 54,7% über den gesamten

[2] Jahresdurschnitt bis September 2022

Abbildung 2: Veränderungsraten des HVPI

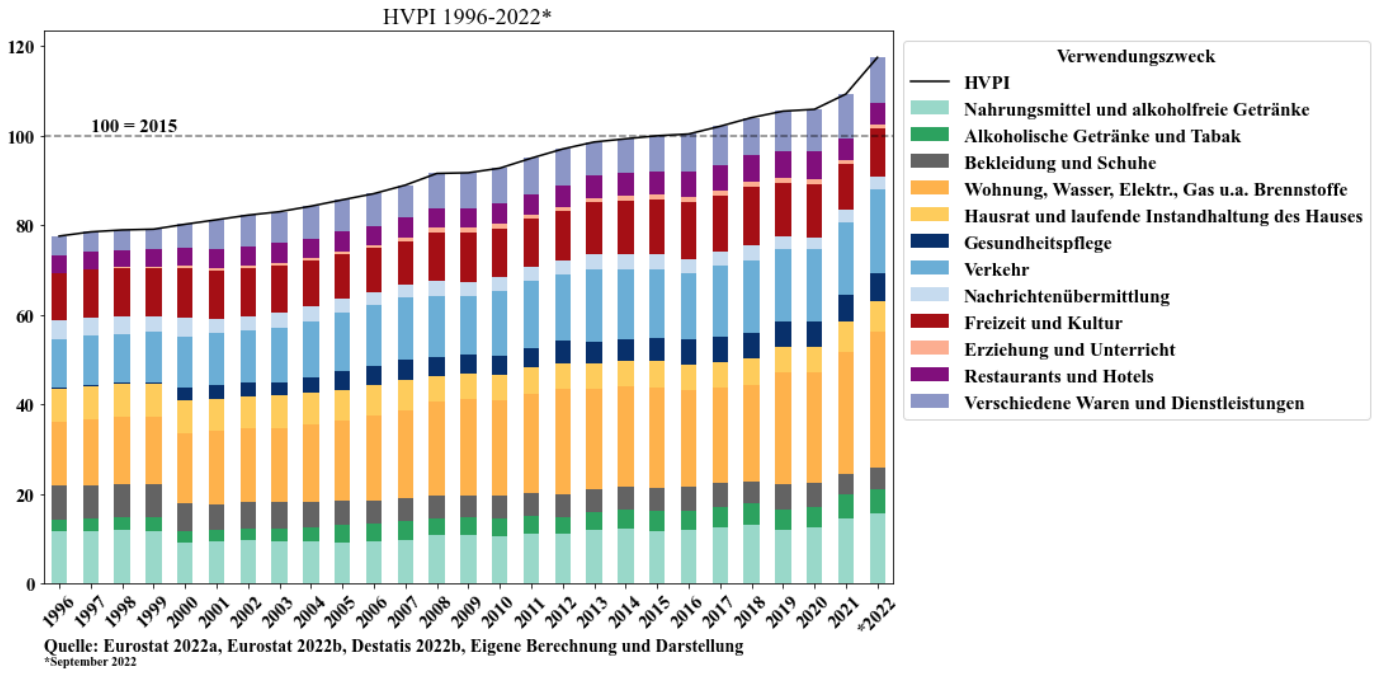


Betrachtungszeitraum. Abbildung 2 zeigt die jährliche Veränderung des HVPI von 1996 bis 2022[2]. Der außergewöhnlich hohe Anstieg im Jahr 2021 resultiert aus dem angebotsseitigen Schock der Corona-Pandemie. Dieser Anstieg wird im Jahr 2022 jedoch schon jetzt übertroffen. Die vom Ukraine-Krieg ausgelöste Energiepreiskrise ließ den Index nach oben schießen. Die gestrichelte Linie zeigt die durchschnittliche Veränderung der Teuerungsrate von 1996 bis 2021 und liegt bei dem Ziel von knapp unter 2%. Der Vergleich der letzten zwei Jahre mit den Jahren zuvor demonstriert die aktuellen außergewöhnlichen Teuerungsraten. Preisentwicklungen können je nach Sektor sehr unterschiedlich verlaufen, jedoch weist die große Mehrheit der Kategorien stets einen positiven Anstieg der Preise auf. Seit dem Jahr 2015 sind vor allem die Kategorien Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, alkoholische Getränke und Tabak, Wohnung, Wasser, Elektro, Gas, und andere Brennstoffe und Verkehr überproportional angestiegen.

Die Betrachtung der Entwicklung des HVPI in Kombination mit den Unterkategorien ist jedoch nicht zielführend, um die Teuerungsraten zu erklären, ohne die gewichtete Zusammensetzung des HVPI zu analysieren. Abbildung 3 gliedert die Preisentwicklung zusätzlich in alle zwölf Unterkategorien. Die größten Kategorien sind Wohnung, Wasser, Elektr., Gas u.a. Brennstoffe (25,22%), Verkehr (14,94%) und Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (12,66%) im Jahr 2022. Diese drei Kategorien machen über 50% des Gesamtindexes aus. Eine Preissteigerung innerhalb dieser Kategorien hat somit einen stärkeren Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche

Preisentwicklung als die restlichen acht Kategorien. Daher werden die ersten drei dieser vier Kategorien im weiteren Verlauf dieser Arbeit zusammen mit der Kategorie alkoholische Getränke und Tabak spezifischer betrachtet.

Abbildung 3: Verwendungszwecke des HVPI



2.2. Auswirkungen steigender Preise auf Investitions- und Konsumentscheidungen

Im folgenden Kapitel werden die Konsum- und Sparentscheidungen einzelner Haushalte näher betrachtet. Es soll gezeigt werden, dass vor allem die Belastung für Haushalte mit niedrigen verfügbaren Einkommen mit steigender Preisentwicklung stärker ausfällt. Zusätzlich wird gezeigt, dass Phasen von stark ansteigenden Preisen negative gesamtwirtschaftliche Folgen auf Spar- und Investitionsentscheidungen haben können.

2.3. Konsumentscheidungen privater Haushalte

Haushalte und deren Mitglieder planen unter Berücksichtigung von Erwartungen und Beschränkungen Konsum- und Investitions- bzw. Sparentscheidungen basierend auf ihrem verfügbaren Einkommen nach staatlichen Abgaben und Steuern. Wenn es keine Unsicherheiten über die Zukunft gibt, wird jedes Individuum seinen Konsum über seinen gesamten Lebenszyklus optimieren. Jede Konsumentscheidung findet nach einer Kosten-Nutzen-Analyse statt. In jeder individuellen Konsumentscheidung wird das Gut gewählt, welches den höchstmöglichen Grenznutzen aufweist. Es wird also das Gut konsumiert, welches dem Individuum den höchstmöglichen zusätzlichen Nutzen bringt. Jede Konsumentscheidung sowie die entsprechende Ressourcenallokation hängt dementsprechend nicht vom aktuellen Einkommen, sondern vom Lebenseinkommen plus Anfangsvermögen ab. Phasen von hohem

oder niedrigem Einkommen werden durch Sparen und Kreditaufnahme ausgeglichen, um einen optimalen konstanten Konsum über den Lebenszyklus zu generieren. Dies ist bekannt als permanente Einkommenshypothese (Romer 2021; Galí 2015).

Konsumentscheidungen werden jedoch nicht unter vollkommener Sicherheit über zukünftige Entwicklungen getroffen. Daher bildet jedes Individuum Erwartungen über seine zukünftigen Einnahmen und Ausgaben. Erwartbare Entwicklungen sollten keine Auswirkungen auf die aktuellen Konsumentscheidungen haben, unerwartete Entwicklungen wie Schocks hingegen schon. Individuen und deren Haushalte glätten ihren Konsum über die Zeit. Diese als Random-Walk Hypothese bekannte Theorie erweitert die permanente Einkommenshypothese um den nicht beobachtbaren zukünftigen Faktor Erwartungen (Hall 1978). Kurzfristige Ausgaben- oder Konjunkturstabilisierungsprogramme haben daher nur im begrenzten Umfang Auswirkungen auf Investitionen und Konsum. Es ist zu erwarten, dass ein Großteil dieser Programme nicht direkt verwendet wird, sondern genutzt wird, um den Konsum entsprechend über die Zeit zu glätten. Wenn beispielsweise noch schlechtere Zeiten erwartet werden, wird ein Großteil des Programms nicht in der Realwirtschaft ankommen und auf Reserve gehalten.

Die nominale Preisentwicklung hat somit sowohl kurz- als auch langfristig entscheidende Folgen auf die Konsumentscheidung. Erwartbare Preisveränderungen können von Haushalten antizipiert und entsprechend berücksichtigt werden. Nicht zu erwartende, kurzfristige starke Schocks auf Preise haben daher starke Auswirkungen auf Konsum und Investition. Preisentwicklungen auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene sind zudem kaum durch eine Anpassung oder Umschichtung von Konsumentscheidungen auszugleichen. Wenn Haushalte ihre Ressourcenallokation unter gegebenen Erwartungen maximieren und ihre Erwartungen korrigieren müssen, dann führen diese Einschränkungen zu konjunkturellen Schwankungen. Starke nicht zu antizipierende Preissteigerungen führen zur Senkung des verfügbaren Einkommens, zur Senkung der Nachfrage und einem konjunkturellen Abschwung.

Haushalte und Individuum unterscheiden sich untereinander in ihren Präferenzen und verfügbaren Einkommen. Jeder Haushalt trifft eine Konsumentscheidung durch eine Abwägung zwischen Alternativen. Ein Maß, wie stark eine Nachfragereaktion nach einem bestimmten Gut in Folge einer Preisveränderung ausfällt, ist die Elastizität. Je höher die Elastizität, desto stärker verändert sich die Nachfrage nach einem bestimmten Gut als Antwort auf eine Preisveränderung. Entscheidend für die Höhe der Elastizität ist, ob und in welchem Umfang Alternativen zum jeweiligen Gut vorhanden sind. Lebensnotwendige Güter wie Nahrungsmittel, Wohn- oder Energiekosten sind nur sehr schwer zu substituieren und haben daher eine deutlich geringere Elastizität als Luxusgüter oder Freizeitgüter (Mankiw 2017).

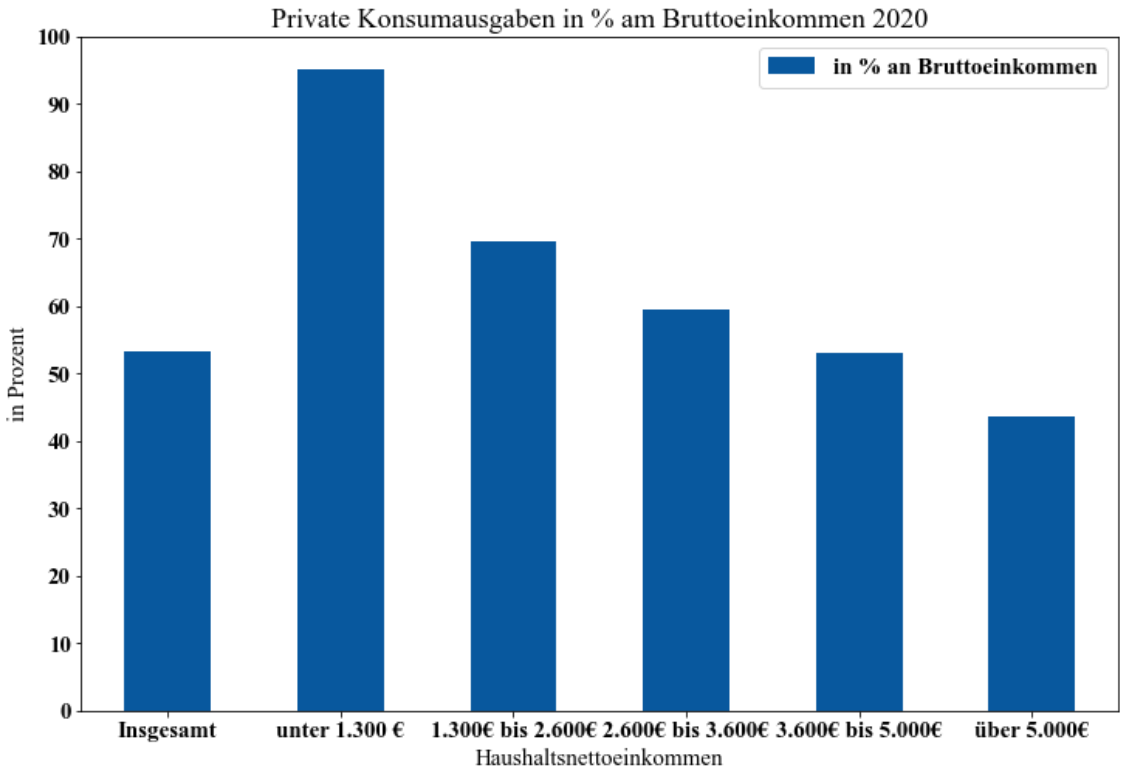
Haushalte, die stärker im Preis steigende Güter präferieren, müssen ihre Konsumentscheidungen stärker anpassen, sofern keine entsprechende Alternative verfügbar ist. Ein Haushalt, der folglich vorwiegend schwer zu substituierende Güter konsumiert und zusätzlich ein relativ geringes verfügbares Einkommen besitzt, wird deutlich stärker von steigenden Preisen beeinflusst. Haushalte mit höheren verfügbaren Einkommen hingegen haben einen höheren Spielraum in Bezug auf Konsumentscheidungen und können daher besser auf Preissteigerungen reagieren.

Prinzipiell ist die Fähigkeit, zu substituieren und die Anzahl der Alternativen nur kurzfristig beschränkt. Langfristig kann das Angebot ausgeweitet und Alternativen geschaffen werden. Für aktuelle Konsumentscheidungen spielt daher eine langfristig orientierte angebotsorientierte Politik nur eine untergeordnete Rolle. Politische Entscheidungen können die Angebotsseite des Marktes nur über einen längeren Zeitraum beeinflussen.

2.4. Auswirkungen steigender Preise auf private Einkommen und Ausgabenstrukturen

Eine Veränderung der relativen Preise hat verschiedene Auswirkungen auf die Haushalte abhängig von ihrem Nettohaushaltseinkommen. Ich betrachte die Haushalte in fünf Kategorien abhängig von der Höhe ihres Nettohaushaltseinkommen und analysiere dann die jeweilige Ausgabestruktur.

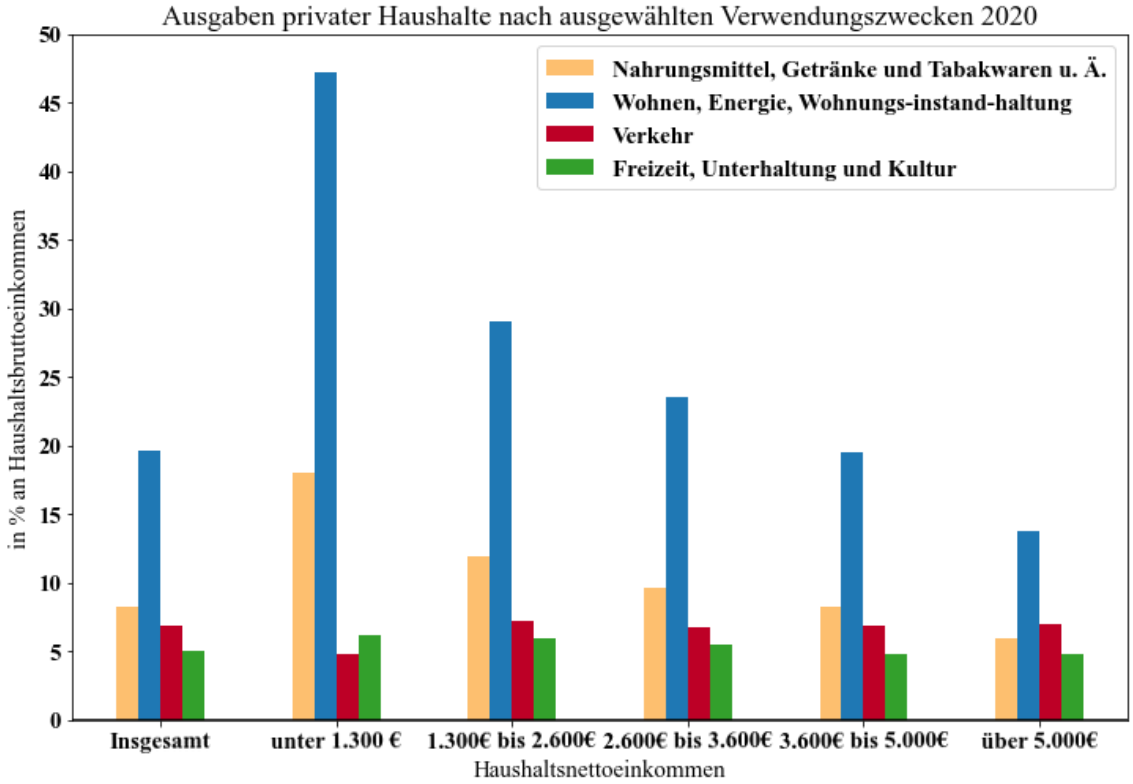
Abbildung 4: Private Konsumausgaben



Quelle: Destatis 2020a, Destatis 2020b, eigene Berechnung und Darstellung

Abbildung 4 zeigt den Anteil der privaten Konsumausgaben am Bruttoeinkommen der Haushalte im Jahr 2020. Je kleiner das verfügbare Einkommen, desto höher ist der Anteil an privaten Konsumausgaben. Ein Haushalt mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 1.300 Euro im Monat gibt 95,1% des Haushaltsbruttoeinkommens für private Konsumausgaben aus. Der Anteil in der reichsten Kategorie liegt bei 43,6%, also weniger als halb so viel. Im Schnitt

Abbildung 5: Ausgaben privater Haushalte



Quelle: Destatis 2020a, Destatis 2020b, eigene Berechnung und Darstellung

über alle Haushalte werden ca. 53% des Bruttoeinkommens für private Konsumausgaben ausgegeben (siehe auch Anhang Tabelle 1, Abbildung 4).

Eine genauere Betrachtung zeigt starke Unterschiede innerhalb dieser Kategorien. Abbildung 5 zeigt, wie hoch der Anteil der einzelnen Konsumkategorien am Bruttoeinkommen ist. Die stärksten Unterschiede zeigen sich in den Kategorien Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren u.Ä. und Wohnung, Energie, Wohnungsinstandhaltung, welche auch gleichzeitig die größten relativen Verwendungszwecke über alle Haushalte sind. Haushalte mit einem Einkommen unter 1.300 Euro geben fast die Hälfte ihres Bruttoeinkommens für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren u.Ä. aus. Zusammen mit Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung summieren sich die Ausgaben für lebensnotwendige Ausgaben auf 65% des Bruttoeinkommens. Haushalte mit einem nur leicht höheren Einkommen zwischen 1.300 Euro und 2.600 Euro geben nur noch jeweils 29,1% bzw. 11,9% für die zwei größten Kategorien aus. Zusammengenommen entspricht das 41% am Bruttoeinkommen und damit über 20% weniger als bei Haushalten in der unteren Einkommensverteilung. Diese Entwicklung setzt sich mit

steigendem Einkommen abnehmend fort. Im Vergleich zu Haushalten mit geringeren Einkommen geben Haushalten der höchsten Einkommenskategorie relativ mehr Geld für Verkehr (7,0%) als für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren u.Ä. (6,0%) aus.

Der IMK Inflationsmonitor für Oktober 2022 zeigt die zu den genannten Kategorien gehörenden spezifischen Inflationsraten je Haushaltstyp (Endres und Tober 2022). Er kann sehr gut demonstrieren, dass vor allem Haushalte mit niedrigen Einkommen aufgrund ihrer Ausgabenstruktur höheren Preissteigerungen ausgesetzt sind. So betrug die haushaltsspezifische Inflationsrate für einkommensschwache Paare mit zwei Kindern 11,8% Im Oktober 2022. Im Gegensatz dazu betrug die Inflationsrate für einkommensstarke Alleinlebende 8,4%. Das sind über 3% weniger. Die größten Unterscheide machen die Kategorien Haushaltsenergie und Nahrungsmittel, Getränke und Tabak aus. Für einkommensschwache Paare mit zwei Kindern steigen die Kategorien Haushaltsenergie und Nahrungsmitteln, Getränken und Tabak um 4,0% bzw. 3,7%. Im Vergleich dazu stiegen die selben Kategorien für einkommensstarke Alleinlebende um 2,2% und 1,3%. Die Ausgaben und haushaltsspezifischen Inflationsdaten zeigen deutlich, dass Haushalte mit niedrigen Einkommen von Preissteigerungen am stärksten betroffen sind.

2.5. Aktuelle Entwicklung der Ersparnisse in Deutschland

Bevor ich auf die einzelnen Sektoren genauer eingehe, werden die Entwicklung der Ersparnisse in Deutschland betrachtet. Haushalte mit niedrigem Einkommen, die über 90% ihres verfügbaren Einkommens für private Konsumausgaben ausgeben, haben auch eine sehr niedrige Sparquote. Stark steigende Preise reduzieren die Möglichkeit zu sparen noch weiter. Zudem verändern sich Sparquoten kaum und mit sehr geringer Volatilität. Falls sich diese Quoten jedoch kurzfristig stark verändern, kann daraus die aktuelle sowie mittelfristige Belastung besser eingeschätzt werden. Weiterhin bedeutet eine niedrigere Sparquote geringere Investitionen und folglich niedriger zukünftiger Konsum. Das Potenzial der Wirtschaftskraft eines Landes verringert sich dadurch langfristig.

Wollmershäuser (2022) zeigt in seiner Analyse, dass bei einer fast konstanten Sparquote von knapp über 10% die Sparbestände in Deutschland von 2015 bis Anfang 2020 gestiegen sind. Die Jahre 2020 und 2021, geprägt von der Corona-Pandemie, führten zu einem massiven Anstieg der Ersparnisse in Deutschland bis zu einer Überschussersparnis von 200 Mrd. Euro. Die hohen staatlichen Zuschüsse und Transferzahlungen ließen die Sparquote auf bis über 15% steigen, ein Anstieg von fast 50%. Mit dem Einsetzten der Ukraine-Krise und den stark steigenden Preisen sank die Sparquote und die aufgebauten Ersparnisse wurden wieder fast vollständig abgebaut.

Dieses Entsparen, maßgeblich von den starken Preissteigerungen verursacht, hielt den Konsum über das Jahr 2022 und damit die Wirtschaftsleistung aufrecht. Zudem ist zu erwarten, dass vor allem Haushalte mit geringem Einkommen noch weniger Spielraum für eine Konsumverlagerung oder gar Sparen haben. Steigende Preise in Kombination mit aufgebrauchten Ersparnissen verringern den Handlungsspielraum von geringverdienenden Haushalten. Der systematische Abbau von Preissteigerungen, induziert durch Regulation und Besteuerung, bekommt dadurch eine noch wichtigere Bedeutung und soll in der folgenden Analyse näher betrachtet werden.

3. Steigende Preisentwicklungen im Detail

Die genaue Ursache von kontinuierlich steigenden Preisen lässt sich kaum eindeutig bestimmen. Eine Vielzahl von Faktoren und Ereignissen können Preise sowohl kurz- als auch langfristig beeinflussen. Im Allgemeinen anerkannt ist, dass geldpolitische Entscheidungen das Wachstum der Geldmenge, und damit die Preisentwicklungen mittel- bis langfristig bestimmen (Galí 2015). Das oberste, selbstauferlegte Ziel der europäischen Zentralbank ist die Gewährleistung der Preisstabilität. Jegliche andere politischen Ziele müssen diesem Ziel untergeordnet werden (Europäische Zentralbank 2009a, 2009b).

Kurz- bis mittelfristig können jedoch auch andere Faktoren die Preise maßgeblich bestimmen. Vor allem das Fehlen von Wettbewerb und Flexibilität in der Preissetzung sind Ursachen für systematisches Steigen von Preisen. Gründe hierfür können eine Vielzahl von staatlichen Eingriffen in den Marktprozess sein, allen voran Regulierung und Besteuerung. Beide Eingriffe in den Preismechanismus können zur Beeinflussung von Nachfrage und Angebot, zu weniger Wettbewerb und folglich zu höheren Preisen führen. Ziel dieser Arbeit soll es nicht sein, geldpolitische Maßnahmen für steigende Preise zu identifizieren oder zu bewerten. Der Fokus dieser Arbeit liegt in der Identifikation von staatlichen Eingriffen, die abseits der Geldpolitik Preise beeinflussen.

3.1. Formen staatlicher Eingriffe

Regulierung bezeichnet einen direkten staatlichen Eingriff auf das Marktgeschehen mit dem Ziel, das Verhalten der Markteilnehmer zur Erreichung von gesellschaftlichen oder politischen Zielen zu beeinflussen. Eine Regulierung wird meist dann eingeführt, wenn die freie Ressourcenallokation des Marktes durch Nachfrage und Angebot nicht zu dem gewünschten Ziel führt (Bundeszentrale für politische Bildung 2016). Staatliche Eingriffe in Form von Regulierung können sehr vielschichtig sein. Sie führen von einem direkten Mengen oder

Preissetzung, über die Einführung von Produktstandards bis hin zur Einführung von künstlichen Markeintrittsbarrieren durch Lizenzierung oder Standardisierung.

Durch Besteuerung versucht ein Staat ebenfalls, eine von ihm nicht gewünschte Ressourcenallokation durch einen direkten Eingriff auf den Preis zu beeinflussen. Besteuerung kann sowohl eine nicht gewollte Verteilung von zum Beispiel Einkommen oder Vermögen beeinflussen als auch direkt eine Mengenreduzierung als Ziel haben wie zum Beispiel eine Steuer auf Tabak und Alkohol. So wird allgemein zwischen den direkten Steuern wie der Lohn- oder Einkommenssteuer und indirekten Steuern wie der Tabak oder Kaffeesteuer unterschieden (Bundeszentrale für politische Bildung 2011). Die Fähigkeit auf Steuern zu reagieren, hängt von der Elastizität der Nachfrage ab. Umso höher die Elastizität desto stärker wird die Mengenreduktion sein. Wie bereits in Kapitel 2 gezeigt, ist vor allem die Nachfrageelastizität von Haushalten mit niedrigen Einkommen gering. Eine Preissteigerung in Form von höheren Steuern auf Konsumausgaben führt für diese Haushalte meist zu keiner gewünschten Verhaltensänderungen. Die Nachfrage nach Produkten, die aufgrund einer Vielzahl von vorhandenen Substituten eine hohe Elastizität aufweisen, wird in Folge einer Steuererhöhung deutlich stärker zurückgehen als für Produkte mit einer niedrigen Elastizität.

3.2. Sektorenanalyse

Im Folgenden soll ein genauerer Blick auf vier einzelne Sektoren geworfen werden. Dabei soll herausgearbeitet werden, welche staatlichen Eingriffe oder fehlenden Eingriffe zu höheren Preisen geführt haben oder führen werden. Im Detail werden die Sektoren Wohnen, Energie, Nahrungsmittel und Getränke und Verkehr näher untersucht. Der Sektor Nahrungsmittel und Getränke umfasst eine sehr große Anzahl an Gütern. Eine gesamte Betrachtung aller Nahrungsmittel und Getränke würde den Umfang dieser Arbeit übersteigen. Daher fokussiere ich mich auf die von starken Verbrauchssteuern betroffenen Produkte, Alkohol und Tabak und fasse diese unter dem Sektor Lifestyle zusammen. Zusammengenommen machen die genannten Kategorien mehr als die Hälfte der Gewichte des HVPI aus und mehr als 60% der privaten Konsumausgaben über alle Haushalte hinweg. Es sind somit die größten Kategorien. Eine Preissteigerung innerhalb dieser Kategorien oder der Kategorie als Ganze hat somit einen signifikanten Einfluss auf das allgemeine Preislevel und das verfügbare Einkommen eines Haushaltes.

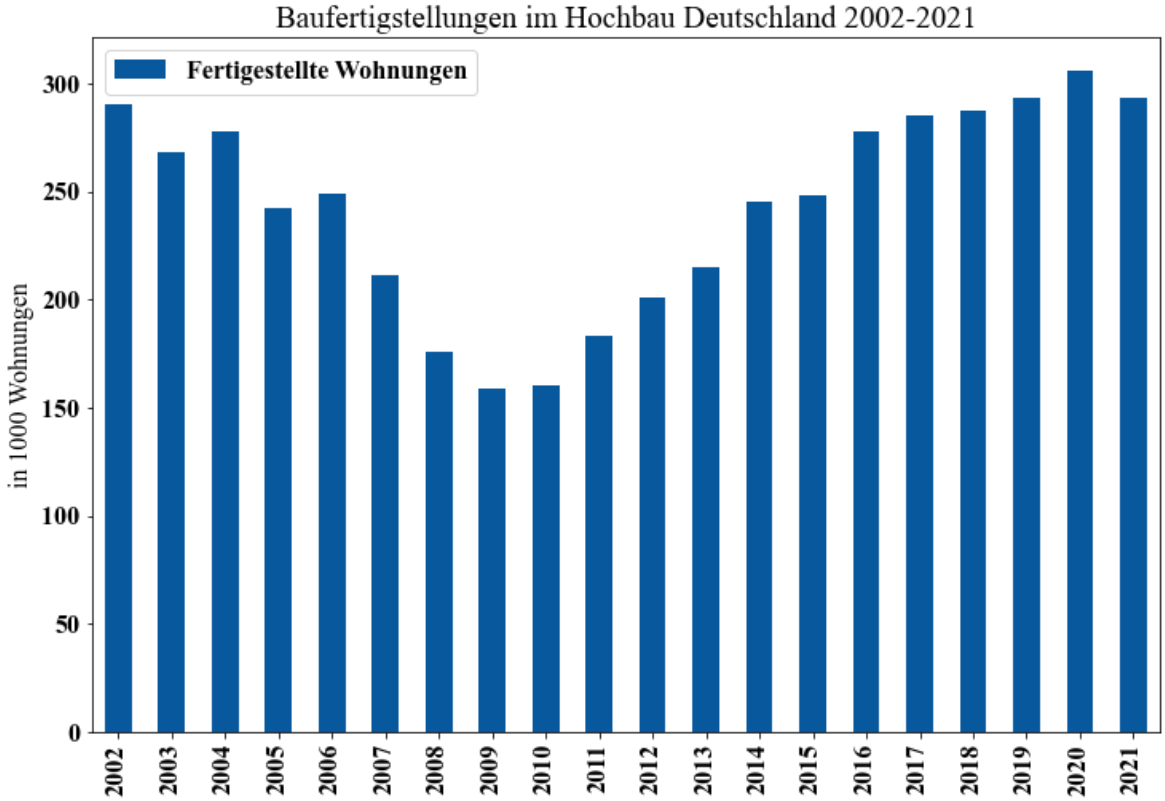
3.2.1. Wohnen

Wohnen ist die größte Kategorie des HVPI nach Gewicht im Index und ist ebenfalls mit Energie und Wohnungsinstandhaltung Teil der größten Ausgabenkategorie von privaten Haushalten. Vor allem Haushalte mit niedrigen Einkommen geben fast die Hälfte ihrer privaten

Konsumausgaben für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung aus (siehe Anhang Tabelle 3). Dieser Anteil sinkt rapide mit steigendem Einkommen. Steigende Wohnungspreise haben folglich vor allem für Haushalte mit niedrigem bis mittlerem Einkommen erhebliche Auswirkungen.

Der Häuserpreisindex für neu oder bestehende Wohnimmobilien zeigt eine überdurchschnittliche Preisentwicklung seit der Finanzkrise 2008/2009 im Vergleich zum Anstieg des allgemeinen Preislevels gemessen am HVPI. Der Index gibt an, wie sich die Kaufpreise von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie von Eigentumswohnungen, die von privaten Haushalten erworben werden, entwickeln (Destatis 2021b). Vor 2009 stiegen die Preise mit einer Veränderung des Indexwertes für neue Immobilien und bestehende Immobilien jeweils von 76,3 bzw. 85,8 im Jahr 2000 auf 77,4 bzw. 83,2 im Jahr 2008 kaum bis gar nicht an. Zum Vergleich stieg das allgemeine Preislevel deutlich stärker von einem Indexwert von 78,9 auf 91,6. Ab 2009 ändert sich diese Entwicklung jedoch. So liegen die Indexwerte für neue und bestehende Immobilien im Jahr 2021 jeweils bei 140 bzw. 157,5. Das allgemeine Preislevel erreichte im Jahr 2021 einen Wert von gerade einmal 109,2.

Im Gegensatz zu den Kaufpreisen sind die Preise für die Nutzung von Immobilien weitaus weniger gestiegen. Die moderate steigende Entwicklung der gezahlten Wohnungsmieten verläuft fast parallel zum allgemeinen Preislevel. Dies lässt vermuten, dass vor allem Bestandsmieter einen sehr hohen Schutz genießen und es daher nur zu kleinen Veränderungen von bestehenden und neu abgeschlossenen Mietverträgen kommt. Zusätzlich ist die Nachfrage



Quelle: Destatis 2021c, Eigene Darstellung

nach Immobilien seit 2008/2009 deutlich stärker gestiegen als das Angebot. Der stark gestiegene Preis zeigt eine akute Knappheit an.

Wichtig zu beachten ist, dass es starke regionale Unterschiede in den Wohnungsmärkten gibt. Angebot und Nachfrage variieren zwischen Ballungsräumen und eher dünn besiedelten Gebieten. Zudem ist das Angebot unflexibel. Häuser und Wohnungen können nicht einfach in einer Fabrik produziert werden. Das benötigte Kapital zum Errichten eben dieser ist jedoch hoch flexibel und sollte genau dorthin fließen, wo die erwartete Rendite am höchsten ist – in diesem Fall in die Ballungsgebiete. Ein Blick auf die Leerstandsquoten verdeutlicht die starken regionalen Unterschiede. Die Veröffentlichung des CBRE-empirica-Leerstandsindex 2021 zeigt die Leerstandsquoten von allen deutschen Bundesländern sowie ausgewählten Städten (empirica - CBRE Group 2021, Tabelle 4). Ein Wohnungsmarkt gilt als angespannt, wenn die Leerstandsquote auf unter zwei Prozent sinkt (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2017). Es liegt dann entweder ein zu niedriges Angebot oder eine zu starke Nachfrage vor.

Vor allem westdeutsche Bundesländer und große Städte liegen unter einer Leerstandsquote von 2% und weisen somit einen angespannten Wohnungsmarkt auf. Alle ostdeutschen Bundesländer abgesehen von Berlin liegen zum Teil deutlich über 2%. So haben Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen mit mindestens 6% die höchsten Leerstandsquoten in ganz Deutschland. Im Gegensatz dazu haben die westdeutschen Flächenländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen alle Leerstandsquoten unter 2%. Noch angespannter ist die Lage in Großstädten. München, Berlin, Hamburg und Frankfurt weisen eine Leerstandsquote von unter einem Prozent auf, was für eine akute Wohnungsknappheit spricht. Auch hier zeigt sich ein Unterschied zwischen Ost und West. Leipzig besitzt beispielsweise eine Leerstandsquote vom 2.7% und steht damit deutlich besser dar. Einzig Bremens Immobilienmarkt mit einer Leerstandsquote von 2.8% ist ausgeglichen. Wenn man von den Städten absieht, liegen die Leerstandsquoten aller neuen Bundesländer über denen der alten (siehe Anhang Tabelle 4). Die Daten zeigen, dass vor allem in großen Städten eine akute Knappheit herrscht. Eine zusätzliche Betrachtung auf die tatsächlich errichteten Baufertigstellungen der letzten Jahre indiziert, dass sich diese Lage wohl kaum bald entspannen wird. Wie Abbildung 6 zeigt, gab es zwar eine Reaktion der Baufertigstellungen nach 2009, jedoch stagnieren diese seit dem Jahr 2017 und sind von 2020 auf 2021 sogar gesunken. Entscheidend ist folglich, warum die vermutete Angebotsreaktion ausblieb, und welche Hemmnisse existieren, die den Wohnungsbau ausbremsen.

Ein Grund dafür, dass nur zögerlich gebaut wird, ist der noch stärker gestiegene Preis für Bauland. Bauland ist wohl der wichtigste limitierende Faktor für Wohnungsbau. Der Preisindex

für Bauland verläuft sehr ähnlich zu den Preisindices für Neubauten. So stagnierte auch dieser Index vor 2008/2009 bei einem Indexwert von um die 70 bis 80 und liegt im Jahr 2020 bei 156,1. Damit stieg der Preis für Bauland im Vergleich noch stärker als die Preise für Neubauten. Dies lässt auf eine schnell angestiegene Knappheit von Bauland schließen. Das fehlende Ausweisen von Bauland ist der Hauptgrund für die Knappheit.

Eine detaillierte deutschlandweite Betrachtung der verschiedenen Wohnmärkte würde diese Arbeit überschreiten, dennoch soll anhand des Berliner Mietendeckels exemplarisches gezeigt werden, wie fehlgeschlagene staatliche Regulation aussehen kann. Der Mietendeckel wurde von der Berliner Stadtregierung zur Senkung der Wohnmieten eingeführt und galt von Q1 2020 bis Q2 2021. Mitte 2021 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass der Berliner Mietendeckel verfassungswidrig ist. Arlia et al. (2022) untersuchen ein Jahr nach Abschaffung des Berliner Mietendeckels dessen Auswirkungen sowohl während dieser in Kraft war als auch nach dessen Abschaffung. Dazu verwendeten sie Daten vom Immobilienportal Immowelt.de im entsprechenden Zeitraum. Um eine von äußeren Störfaktoren losgelöste Analyse zu ermöglichen, verglichen sie in ihrer Arbeit die Berliner Daten mit denen von 13 weiteren Großstädten mit einer Einwohnerzahl von über 500.000. Die Untersuchung kann zeigen, dass es zu einer Zweiteilung des Berliner Immobilienmarktes kam zwischen Wohnungen, die der Regulation unterlagen und denen die dieser Regulation nicht unterlagen. Mieten und Kaufpreise von regulierten Wohnsegmenten sanken rapide im Vergleich zu anderen Großstädten und befinden sich auch nach der Abschaffung des Mietendeckels weiterhin auf niedrigerem Niveau. Mieten des unregulierten Segments hingehen stiegen deutlich stärker an und sind noch immer über 5% höher als in vergleichbaren anderen Großstädten. Zusätzlich hat der Mietendeckel zu einer drastischen Verringerung des Angebotes geführt. So sank das Angebot von Mietwohnungen um bis zu 60%. Diese Angebotsreduktion ist auch zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch aktuell. Dies lässt auf einen dauerhaften Effekt in Folge des Mietendeckels schließen. Auch wenn die Kaufpreise und Mieten des ehemals regulierten Bereichs sich durch die Regulation unterdurchschnittlich im Vergleich zu anderen Großstädten bis heute entwickelt haben, wird die dauerhafte Angebotsreduktion langfristig zu erhöhten Preisen führen. Die wirklichen Auswirkungen dieser Regulation wird sich erst über die nächsten Monaten und Jahren zeigen, vieles deutet jedoch jetzt schon darauf hin, dass dadurch das Angebot dauerhaft niedriger sein wird als in anderen vergleichbaren Großstädten.

Laut Ifo-Institut liegt ein weiterer aktueller Grund für den rapiden Preisanstieg innerhalb der letzten zwei Jahre in den Problemen, die mehrheitlich durch die Ukrainekrise ausgelöst wurden. So gibt es bei der großen Mehrheit der Bauunternehmen akuten Materialmangel und Verzögerungen von Lieferungen. Dies führt zu weiter steigenden Baupreisen, da Ersatz nur

kostspielig eingekauft werden kann. Diese Preisentwicklung wird sich laut Ifo-Institut noch weiter verschlimmern, da Produkte, die bisher von steigenden Preisen verschont geblieben sind, bald ebenfalls Preissteigerungen erfahren werden. Weiterhin wurden staatliche Förderungen unerwartet Anfang des Jahres ausgesetzt, was zu mehr Unsicherheit im Markt geführt hat. Trotz erwartbarer steigender Nachfrage wird das Volumen an Neubauten durch höhere Zinsen eher sinken. Ein Rückgang der Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser lässt sich schon jetzt erkennen (Wollmershäuser et al. 2022).

Dieser Ausblick zeigt, dass Planungssicherheit ein entscheidender Faktor für große langfristige Investitionen in den Wohnungsbau ist. Materialengpässe können sich mittelfristig lösen und so den Preisdruck verringern, wenn staatliche Maßnahmen aber nicht zu antizipieren sind, wird es trotzdem nicht zu mehr Neubauten kommen.

Weitere anreizdämpfende Maßnahmen für vermehrten privaten Wohnungsbau sind Preisdeckelungen durch Mietpreisbremsen oder -deckel, hohe Auflagen für Neubauten, Personalmangel oder lange Planungsverfahren. All diese Punkte können regional sehr unterschiedlich sein. Anhand des Berliner Mietendeckels konnte demonstriert werden, wie eine staatliche Regulation

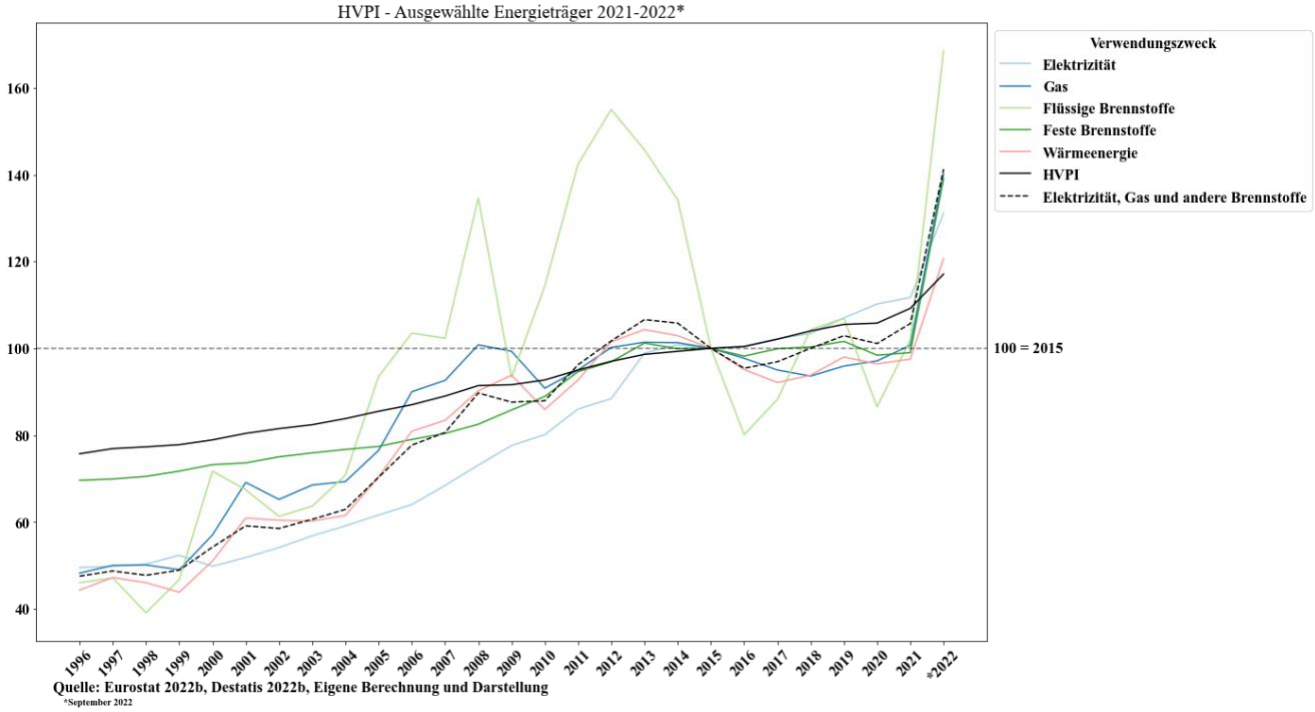
drastische Auswirkungen auf das Angebot haben kann.

Ein Abbau von Regulierungen der Angebotsseite könnte die Situation entspannen und zu mehr Wohnraum führen. Nur wenn Baulandpreise sinken und Wohnungsbestände steigen, wird der Preisdruck auf Wohnungen und Häuser in Deutschland sinken. Dies würde vor allem die unteren Einkommen entlasten. Nachfrageorientierte Maßnahmen wie Wohngeld oder andere Direktzahlungen oder Entlastungen werden nicht zu einer Entspannung führen, sondern eher die Preise weiter anheizen. Soyres et al. (2022) können zeigen, dass die direkten Entlastungszahlungen zur Bekämpfung der Auswirkungen der Coronakrise die Inflation in den USA um 2,5 und in Euroraum um 1,8 Prozentpunkte erhöht haben. Die staatlichen Zahlungen haben die zunächst eingebrochene Nachfrage sehr schnell wieder auf Vorkrisenniveau gebracht. Das Angebot hingegen zeigte keine Reaktion auf die nachfrageorientierten Maßnahmen und stieg nicht in ähnlichem Ausmaß wieder an. Eine Stimulation der Nachfrage kann eine Angebotsknappheit nicht lösen. Den Sirenenstimmen eines bundesweiten Mietendeckels als Antwort auf die steigenden Lebenserhaltungskosten gilt es aufgrund dieser Argumente zu widerstehen. Das Beispiel Berlin demonstrierte den drastischen Rückgang der angebotenen Mietwohnungen in Höhe von 60% als Antwort auf den Mietendeckel. Da die lokale Abweichung vom bundesweiten Mietendeckel wahrscheinlich schwer bestimmbar ist, könnte dieser negative Effekt auf das Mietangebot bei einem bundesweiten Mietendeckel auftreten, was zusätzlich die Preise bundesweit für Mieten steigen lassen würde.

3.2.2. Energie

Der Sektor Energie hat aus zwei Gründen eine besondere Bedeutung für die Betrachtung von Preissteigerungen. Zum einen ist Energie Teil der größten Komponenten des HVPI und zum anderen beeinflusst Energie als Produktionsfaktor für fast alle Produkte das generelle Preislevel indirekt. Ein Anstieg der Energiepreise hat starke Zweitrundeneffekte bei Preissteigerungen und beeinflusst somit das gesamte Preislevel. Der Ausgabenbereich Energie umfasst sämtliche Energieträger wie Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Wärmeenergie. Wie Abbildung 7 zeigt, sind die Preissteigerungen der letzten Jahre relativ moderat und tendenziell nicht höher als das allgemeine Preislevel. So stieg der Gesamtindex von 47,5 im Jahr 1996 auf 101,1 im Jahr 2020 und befindet sich aufgrund der aktuellen Energiekrise auf einem hohen Wert von 141,3. Abgesehen vom aktuellen Jahr kam es somit zu moderaten Preiserhöhungen, teilweise sogar Preissenkungen in den Jahren 2012 bis 2020. Im Vergleich stieg der HVPI von 75,7 im Jahr 1996 auf 105,8 im Jahr 2020 und befindet sich aktuell auf 117,3. Zusätzlich lässt sich beobachten, dass die Volatilität der verschiedenen Energieträger sich unterscheidet.

Abbildung 7: HVPI Energieträger



Abgesehen von flüssigen Brennstoffen schwankten die verschiedenen Energieträger nur in geringem Umfang bis zum Jahr 2021. Die aktuelle Energiekrise lässt jedoch die Preise aller Energieträger steigen.

Energie ist ein hoch regulierter und zusätzlich von Verbrauchssteuern betroffener Sektor. Regulierung stellt den ersten großen Eingriff in die Preisstruktur von Energieerzeugnissen dar. Die Regulierung findet teilweise auf EU-Ebene und teilweise in stärkerem Umfang auf nationaler Ebene statt. Zudem kann die Regulation des Energiemarktes prinzipiell in zwei

Kategorien unterteilt werden. Regulation mit Technologieoffenheit wie der EU-ETS Zertifikatehandel und Regulation ohne Technologieoffenheit wie Verbote oder Ausstiege aus Technologien.

Der EU-ETS Zertifikatehandel besteht seit 2005 in der Europäischen Union und wurde zur Umsetzung der Klimaschutzziele eingeführt. Der Handel umfasst ca. 36% der in der EU verursachten Treibhausgase der Energiewirtschaft und energieintensiven Unternehmen. Zudem ist der innereuropäische Luftverkehr seit 2012 ebenfalls Teil des Zertifikatehandels. Der Zertifikatehandel funktioniert nach dem „Cap & Trade“ Prinzip. Das bedeutet, dass die Zertifikate zunächst an die energieverbrauchenden Unternehmen ausgegeben oder versteigert werden. Jedes Zertifikat berechtigt zur Emission einer Tonne CO_2. Im Anschluss können die Zertifikate dann zwischen den Unternehmen gehandelt werden (Umweltbundesamt 2022). Dieser Mechanismus hat zwei große Vorteile. Erstens kann der Regulator die gewünschte Menge an CO_2 festlegen und so kontrollieren, wie viel CO_2 ausgestoßen werden soll. Zweitens legt diese Methode keine Anforderungen daran an, wie CO_2 ausgestoßen oder eingespart wird. Der Marktmechanismus sorgt dafür, dass Unternehmen, welche niedrige Kosten der Reduzierung haben, diese Reduktion vornehmen und ihre Zertifikate veräußern. Unternehmen, die nur schwer CO_2 reduzieren können oder längere Vorbereitungszeiten benötigen, kaufen diese Zertifikate. Somit stellt der EU-weite Zertifikatehandel eine marktorientierte und technologieoffene Form der Regulierung dar (Perman et al. 2013).

Auf nationaler Ebene findet der Zertifikatehandel zwar Anwendung, jedoch hat sich abgesehen davon die Regulation des Energiesektors weitgehend von der Technologieoffenheit entfernt. Die zusätzlichen nationalen Regulierungen in Deutschland haben zu weiteren starken Eingriffen in den Energiesektor geführt. Das Zusammenspiel zwischen dem nationalen starken Ausbau erneuerbarer Energien und dem EU-Zertifikatehandel kann zu Koordinationsproblemen führen. Durch die stark voneinander abweichenden nationalen Regelungen innerhalb der EU und gleichzeitig einer einheitlichen EU-weiten CO_2 Grenze kann gezeigt werden, dass die Kombination dieser zwei Instrumente die Kosten im Energiesektor um bis zu 13% erhöht haben, ohne dass es dabei zu mehr CO_2 Reduktion gekommen ist (Anke und Möst 2021). Aus theoretischer Perspektive reicht ein einheitlicher Zertifikatehandel aus, um die Umweltziele zu erreichen, praktisch jedoch könnte eine völlige Abkehr von zusätzlichen nationalen Zielen dazu führen, dass langfristig notwendige Investitionen nicht getätigt werden und das CO_2 Ziel schlicht nicht eingehalten werden kann. Ein besseres Zusammenspiel nationaler Ziele ist daher absolut notwendig und könnte Kosten reduzieren (Fürsch et al. 2010).

Die wohl wichtigsten Eingriffe deutscher Energiepolitik neben dem Ausbau erneuerbarer Energien sind die Ausstiege aus Atom- und Kohleenergie und das seit 2016 generelle Verbot

der Gasförderung durch Fracking. Deutschland muss daher jeglichen Strom, den es nicht durch erneuerbare Energien produziert, nach der Abkehr dieser konventionellen Technologien importieren. Im Jahr 2021 produzierte Deutschland knapp 40% seines Stromes durch erneuerbare Energien und fast 56% der Energie auf konventioneller Art und Weise wie Kohle (28,1%), Öl (0,8%), Erdgas (15,2) oder Kernenergie (11,8%) (Destatis 2021a). Eine Abkehr oder auch angekündigte Abkehr von diesen Technologien ohne den nötigen Ausbau von Alternativen hat massive Auswirkungen auf Strompreise. Noch stärkere Auswirkungen finden sich im deutschen Heizmarkt. Dort wurden 2021 74,3% der Wohnungen mit entweder Gas (49,5%) oder Heizöl (24,8%) beheizt. Zudem ist dieser Markt unflexibel. Eine schnelle Umstellung dort ist fast ausgeschlossen (BDEW 2021).

Der Atomausstieg wurde 2011 in Deutschland beschlossen. Demnach sollten alle noch laufenden Atomkraftwerke spätestens Dezember 2022 abgeschaltet werden (BASE 2022). Nach dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs gibt es jedoch wieder Diskussion über eine erneute Verlängerung oder sogar einen mittelfristigen Einstieg in die Atomkraft in Deutschland. So hat die Bundesregierung Mitte Oktober beschlossen, dass die drei übrigen sich am Netz befindenden Atomkraftwerke bis April 2022 weiterlaufen sollen, um die deutsche Energiesicherheit zu gewährleisten (Bundesregierung 2022b). Eine Studie des Ifo-Instituts zeigt, dass eine Laufzeitverlängerung nicht nur Auswirkungen auf den deutschen, sondern auch auf den europäischen Strompreis hätte. So würde für Deutschland eine Verlängerung der Laufzeiten über 2023 hinaus für einen bis zu 4% geringeren Strompreis 2023 und einen 1,2% geringeren Strompreis 2024 sorgen. Europäisch könnte der Strompreis um 1,6% geringer im Jahr 2023 und um 0,5% geringer im Jahr 2024 ausfallen. Gleichzeitig würde der CO_2-Ausstoß gesenkt und Gas eingespart werden (Mier 2022). Der verfrühte Ausstieg aus der Atomkraft stellt einen deutschen Sonderweg dar. Da sogar die EU-Taxonomie Atomkraft als „grün“ einstuft (Europäische Kommission 2022) und als notwendige Übergangstechnologie zu Erneuerbaren Energien erachtet, ist dieser Alleingang ein entscheidender mittel- bis langfristiger Preistreiber für den deutschen Strompreis.

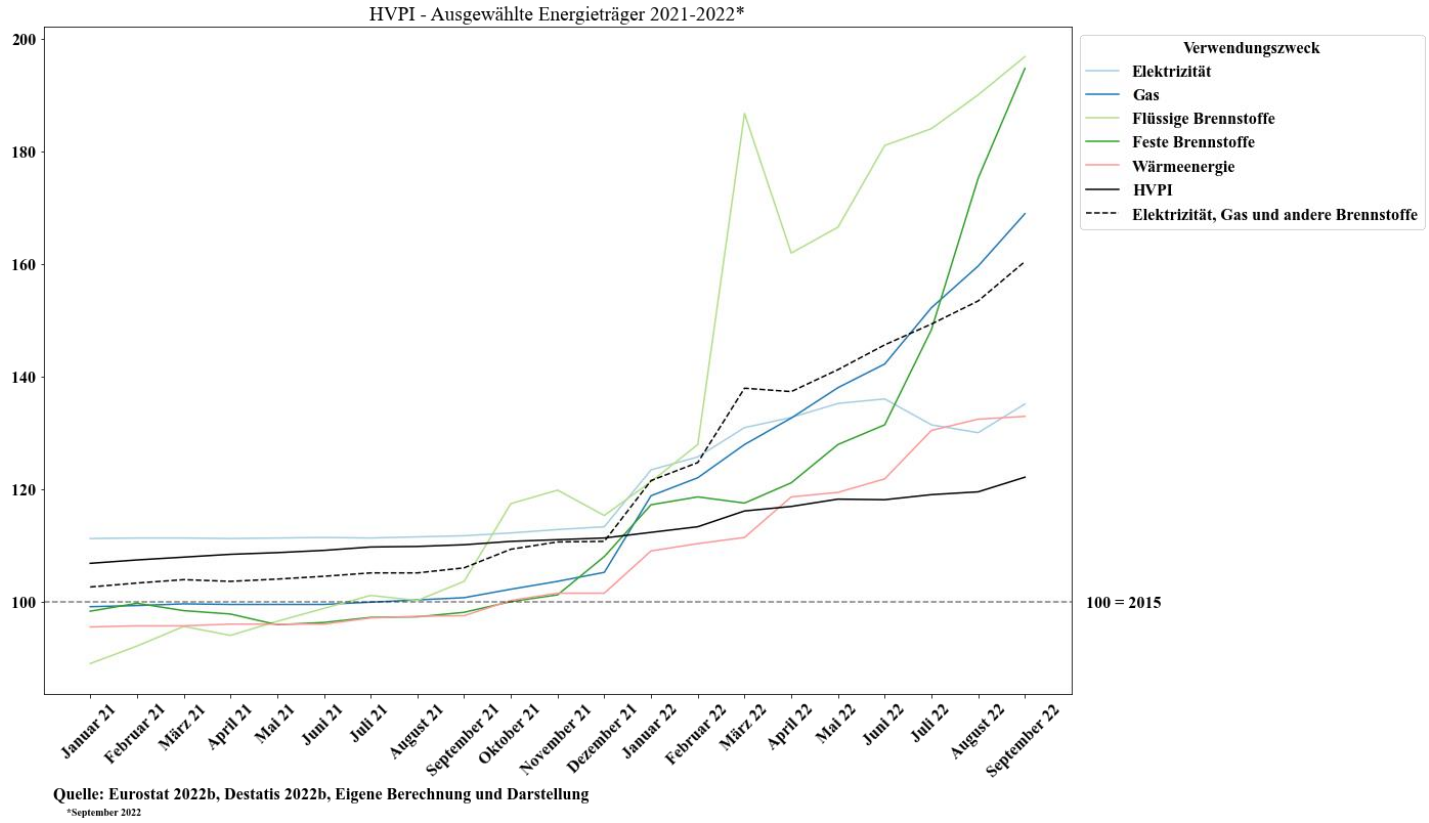
Der Kohleausstieg wurde im Jahr 2020 beschlossen. Deutschland soll ab spätestens 2038, aber möglichst schon 2035, keinen Strom mehr aus Kohle produzieren (BMUV 2022).

Eine zusätzliche Regulierung verbietet die Förderung von Erdgas durch Fracking. Die Bundesregierung erließ zum 11. Februar 2017 ein Regelungspaket, welches Fracking in Deutschland praktisch vollständig untersagt und bis heute gilt (BMWK 2022). Gleichzeitig setzte die damalige Bundesregierung eine Expertenkommission ein, die bis zum Jahr 2021 einen abschließenden Bericht zum Thema Fracking als Methode zur Erdgasförderung veröffentlichen sollte. Die Kommission führte drei Studien durch, um den neusten Stand der

Technik zu analysieren, das Risiko abzuschätzen und Maßnahmen vorzuschlagen, welche bei möglicher Anwendung von Fracking beachtet werden müssen. Die Studie zeigte auf, dass „*sich die Umweltrisiken aufgrund von Fracking unkonventioneller Lagerstätten durch eine angepasste Steuerung und Überwachung der Maßnahmen minimieren lassen*.“ (ExpKom 2021, S. 3). Der Bericht der Expertenkommission Fracking fand nach Veröffentlichung keine große öffentliche Aufmerksamkeit und eine weitere Diskussion über die Möglichkeit Fracking einzuführen findet nicht statt. Das Potenzial von Fracking schwankt je nach Schätzung. So besitzt Deutschland zwischen 350 Mrd. M^3 und 2000 Mrd. M^3 Schiefergas. Unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Gasverbrauches der Jahre 2001 bis 2021 von ca. 84 Mrd. M^3 pro Jahr könnte Deutschland sich völlig autark für 4 bis 24 Jahre mit Gas versorgen (BP 2022; BGR 2016). Auch wenn Fracking den weiteren Preisdruck auf Gas und Energie als Ganzes mittel- bis langfristig senken könnte, ist aktuell nicht zu erwarten, dass dies auch geschehen wird.

Der geplante Ausstieg aus konventionellen Maßnahmen der Stromerzeugung sowie das Verbot neuer Fördertechnologien wie Fracking stellen einen erheblichen Preisdruck auf dem Energiemarkt dar. Eine weitere Steigerung der Strompreise abseits des externen Schocks durch den Ukraine-Krieg ist daher mittelfristig zu erwarten.

Abbildung 8: HVPI ausgewählte Energieträger 2021-2022



Der zweite große Eingriff in die Preisstruktur von Energie erfolgt über Steuern. Zunächst unterliegen die jeweiligen Energieerzeugnisse der gesetzlichen Mehrwertsteuer von 19% auf den Nettobetrag. Zusätzlich kommt jedoch noch eine Verbrauchssteuer in Form der Energiesteuer obendrauf. Die Energiesteuer hat ein Steueraufkommen von über 37 Mrd. Euro, was knapp 4,4% des gesamten Steueraufkommens entspricht. Sie hat damit eine erhebliche finanzielle Bedeutung als größte Verbrauchssteuer in Deutschland. Die spezifische Steuerhöhe selbst hängt vom jeweiligen Energieerzeugnis ab. So wird beispielsweise unverbleites Benzin mit 0,65 Euro je Liter besteuert, hingegen wird Erdgas mit 31,80 Euro je Megawattstunde besteuert. In Bezug auf Erdgase oder Flüssiggase zur Kraftstoffnutzung wird die Steuer bis Ende 2026 sukzessive erhöht[3] (Generalzolldirektion 2022b; BMF 2022; Destatis 2022d).

Bei einem Benzinpreis von 1,58 Euro je Liter (durchschnittlicher Benzinpreis 2021, en2x 2022) entsprechen 0,65 Euro je Liter über 40% des Preises, zusammen mit einer Mehrwertsteuer von 19% auf den Nettopreis sind über 50% des Benzinpreises Steuern. Die erforderliche CO_2-Abgabe ist darin nicht enthalten. Für Dieselkraftstoff ist der Steueranteil leicht niedriger, aber ebenfalls über 40% des Preises (bezogen auf den durchschnittlichen Dieselpreis 2021).

Eine zweite große Verbrauchssteuer, die den Energiesektor betrifft, ist die Stromsteuer. Die Stromsteuer hat ein Steueraufkommen von 6,7 Mrd. Euro, was 0,8% des gesamten Steueraufkommens entspricht, und stellt damit die drittgrößte Verbrauchssteuer in Deutschland dar. Die Steuer entspricht 20,50 Euro je Megawattstunde (Generalzolldirektion 2022c; Destatis 2022d; BMF 2022). Bei einem vereinfachten durchschnittlichen Verbrauch von 3000 kWh im Jahr entspricht das 61,50 Euro im Jahr reine Stromsteuer.

Ein einmaliger staatlicher Eingriff zur Preisreduktion im Energiesektor ist der sogenannte im Juni eingeführte „Tankrabatt“. Dieser wurde für drei Monate eingeführt und senkte die Energiesteuer von Benzin, Diesel, Erdgas und Flüssiggas auf das in Europa zulässige Mindestmaß (Bundesregierung 2022c). Abbildung 8 zeigt die Entwicklung der schon zuvor gezeigten Energieträger für das aktuelle Jahr. Zu sehen ist, dass die Steuerreduzierungen nur geringe Auswirkung auf flüssige Brennstoffe haben. Die Steuerreduktion scheint die Preissteigerungen für Gas kaum bis gar nicht zu beeinflussen. Zudem ist es fragwürdig, ob temporäre Steuerreduktionen auf bestimmte Produkte überhaupt nachhaltige Auswirkungen auf Preise haben. Falls das durch die Steuerreduktion frei gewordene Einkommen direkt für anderen Konsum verwendet wird, ist nicht davon auszugehen, dass temporäre Steuersenkungen den allgemeinen Preisdruck nachhaltig senken können. Eine umfangreiche Reduktion von Verbrauchssteuern könnte die Preise im Energiesektor senken. Solche Maßnahmen sollten

[3] Einen spezifischen Überblick über die bei der Energiesteuer anfallenden Steuersätze findet sich auf der Seite des deutschen Zolls, siehe Generalzolldirektion (2022b).

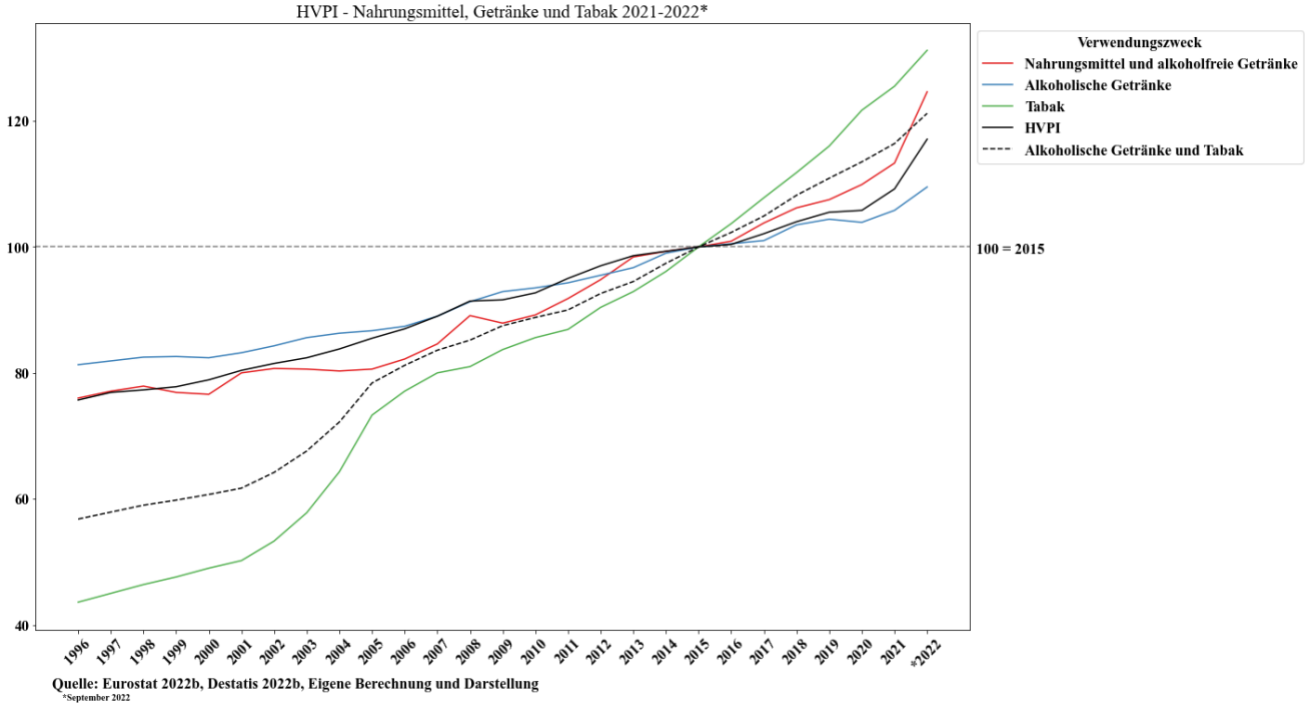
jedoch nicht als Konjunkturmaßnahme eingeführt werden, da sonst notwendige Anreize zur Nachfragereduktion aufgrund von Knappheiten ausgehebelt werden. Eine genauere Betrachtung des Tankrabattes befindet sich in Kapitel 3.2.4.

Die umfangreichen staatlichen Eingriffe sowohl durch Verbote als auch durch Steuern im Energiesektor werden zu höheren Preisen in der Zukunft führen. Durch die Abkehr von konventionellen Energien in kurzer Zeit und hohen Verbrauchssteuern ist eine großflächige Ausweitung des Energieangebots in Deutschland nicht zu erwarten. Der politisch gewollte Aufbau von Solar- und Windenergie kann nur dann Erfolg haben, wenn er sich in einem marktorientierten und technologieoffenen Wettbewerb mit anderen Energieträgern durchsetzt. Ob das zu gesellschaftlich verkraftbaren Preisen stattfinden kann, ist eine offene Frage. Schließlich muss sich der Konsument mit höheren Preisen im Energiesektor und damit auch allgemein höheren Preisen abfinden, sofern die Politik weiter aktiv die Auswahl von möglichen Energieträgern beschränkt. Nur ein technologieoffener Marktprozess liefert langfristig die effizienteste und kostengünstigste Lösung für eine Knappheit am Strommarkt.

3.2.3. Lifestyle

Nahrungsmittel und Getränke ist die zweitgrößte Kategorie im HVPI. Zusammen mit Alkohol und Tabakwaren kommen beide Warenkörbe auf einen Anteil von etwas mehr als 17%. Auch nach privaten Konsumausgaben ist die Kategorie Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren u. Ä. (8.2%) der zweitgrößte Ausgabenzweck über alle Haushalte hinweg mit großen Schwankungen für Haushalte mit niedrigen Einkommen (18,0%) und Haushalte mit hohen

Abbildung 9: Nahrungsmittel, Getränke und Tabak



Einkommen

(6,0%). Abbildung 9 zeigt die Entwicklung der Preise von Nahrungsmitteln und Getränken sowie Tabak und Alkohol vom Jahr 1996 bis heute. Über den gesamten Zeitraum lässt sich erkennen, dass die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ähnlich wie das gesamten Preislevel gestiegen sind. So stiegen Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke von einem Indexwert von 76,0 im Jahr 1996 auf 89,2 im Jahr 2010 und 109,9 im Jahr 2020. Der HVPI im Vergleich stieg in denselben Jahren jeweils auf die Werte 76,2, 94,5 und 107,3. Im Jahr 2022 befinden sich die Indexwerte jeweils auf und einen Wert von 124,62 und 112,98.

Der zweite Bestandteil der Kategorie, Alkoholische Getränke und Tabakwaren, welchen ich unter der Kategorie Lifestyle zusammenfasse, kann ebenfalls unterteilt betrachtet werden (siehe Abbildung 9). Einerseits sind die Preise von Tabakwaren deutlich schneller gestiegen als alle anderen Komponenten von einem Indexwert von 43,6 im Jahr 1996 zu einem aktuellen Wert von 131,2. Das entspricht mehr als einer Verdreifachung des Preises. Andererseits stiegen die Preise von alkoholischen Getränken weniger stark als das gesamte Preislevel. Sie starteten mit einem Indexwert von 56,8 im Jahr 1996 und weisen heute einen Wert von 121,2 auf.

Alkohol und Tabak werden stark reguliert und besteuert mit dem Ziel, die Gesundheit in Deutschland zu fördern. Eine gezielte Regulierung von Rauchen zum Schutz von Nichtrauchen ist in Deutschland zum Teil Aufgabe der Länder und zum Teil Aufgabe des Bundes. Zum Beispiel regelt das Nichtraucherschutzgesetz der einzelnen Länder, ob oder unter welchen Bedingungen in unter anderem Behörden, Sporthallen, Kultureinrichtungen oder Gaststätten geraucht werden darf (Beispiel Hessen, siehe HMSI 2022). Ziel dieser Gesetze ist der Schutz vor Passivrauchen und stellt daher eine wichtige Regulierung zum Schutz unbeteiligter Dritte vor negativen Externalitäten dar. Eine zusätzliche Regulierung ist das schrittweise Verbot von Werbung für Tabakwaren, welche sämtliche Werbung für Tabakwaren bis zum Jahr 2024 komplett verbietet (Bundesregierung 2020).

Zu den bisher genannten Regulierungen wird Tabak hoch besteuert. Die übergeordnete Regulierung des Tabakverkaufs basiert auf der EU-Richtlinie 2014/40/EU. Die Tabaksteuer in Deutschland geht über die Mindestbesteuerung der EU hinaus und ist stark abhängig vom jeweiligen Tabakprodukt. So werden Zigaretten, Zigarren/Zigarillos, Feinschnitt, Pfeifentabak, Erhitzer Tabak, Wasserpfeifentabak und Substitute für Tabakwaren mit jeweils unterschiedlichen Steuersätzen belegt. Bei fast allen Produkten ist bereits jetzt eine schrittweise Erhöhung bis zum Jahr 2027 geplant, nachdem es seit 2002 bereits mehrere Erhöhungen der Tabaksteuer gab. Eine Besonderheit dieser Verbrauchssteuer ist, dass zur Berechnung der Steuer sowohl die Menge als auch der Preis der verbrauchsteuerpflichtigen Ware für die Bemessung der Steuer herangezogen wird. Daraus können sich beispielsweise unterschiedliche Steuersätze für verschiedene Produktgrößen ergeben (Generalzolldirektion 2022d). Eine 20-er

Packung Zigaretten, die zu 7 Euro verkauft wird, beinhaltet 3,56 Euro Tabaksteuer. Zusätzlich muss noch die Mehrwertsteuer beachtet werden, sodass fast Zweidrittel des Preises Steuern sind. Die Tabaksteuer ist mit einem Aufkommen von 14,7 Mrd. Euro im Jahr 2021 die zweitgrößte Verbrauchssteuer. Dies entspricht etwa 1,76% des Gesamtsteueraufkommens. Zudem sind diese Einnahmen über das letzte Jahrzehnt nahezu konstant geblieben (BMF 2022; Destatis 2021c). Der gesamte Tabakkonsum hat sich jedoch kaum verändert. Lediglich ist der Pfeifentabakkonsum gestiegen und der Zigarettenkonsum nur sehr leicht gefallen. Eine merkliche Steuerreaktion blieb aus (Destatis 2022a). Dies lässt darauf schließen, dass Tabakkonsumenten auf weniger stark besteuerte Alternativen ausweichen und die allgemeine Tabaknachfrage unelastisch ist. Die Tabakbesteuerung als Mittel zur Gesundheitsförderung scheint daher sehr fragwürdig zu sein. Die fiskalische Bedeutung rückt damit in den Vordergrund. Generell muss hinterfragt werden, ob in einer liberalen Gesellschaft der Staat erkennbare Risiken derart regulieren und besteuern sollte, wenn der Konsument doch selbst souverän über seine Konsumentscheidungen ist. Sofern der Konsument keine negativen Externalitäten auf unbeteiligte Dritte ausübt, sollte dieser nach einer Risikoabschätzung selbst und frei entscheiden können, welche Substanzen er zu sich nimmt. Eine starke Besteuerung kann auch eingeführt werden, um präventiv gegen Erstkonsumenten vorzugehen. Auch hier muss hinterfragt werden, ob nicht eine gezielte Regulation in Form von Aufklärung ein besserer Ansatz sein kann.

Abschließend kann festgestellt werden, dass die hohen Preissteuerungen von Tabakwaren hauptsächlich auf die kontinuierlichen Steuererhöhungen zurückzuführen sind und daher wie bisher weiter überproportional steigen werden. Wie bereits ausgeführt ist es fragwürdig, ob die hohen Verbrauchssteuern auf Tabak das politisch gewünschte Ziel erreichen. Vor allem unter der Berücksichtig der zusätzlichen Regulierung zur Eindämmung des Tabakkonsums scheinen die Steuern doch eher eine fiskalische Bedeutung zu haben.

Die Zunahme von alkoholischen Getränken ist in Deutschland im Vergleich zum europäischen Ausland eher schwach reguliert. Alkohol darf zu jeder Tageszeit und auch auf öffentlichen Plätzen konsumiert werden. Auch die Beschränkungen zum Jugendschutz fallen deutlich schwächer aus als in anderen Ländern. Bier, Wein und Schaumwein dürfen bereits ab 16 Jahren gekauft und konsumiert werden. Sämtliche andere alkoholhaltige Getränke oder Produkte dürfen erst mit 18 Jahren gekauft und konsumiert werden (Jugendschutzgesetz § 9). Abgesehen von gesetzlichen Maßnahmen zum Jugendschutz können Waren, die Alkohol beinhalten, in Deutschland ohne größere Regulierung konsumiert werden.

Die Besteuerung von Alkohol fällt etwas ausführlicher aus, ist jedoch nicht entscheidend hoch. Auch gibt es keine schon beschlossenen oder geplanten Steuererhöhungen wie es etwa bei

Tabakwaren der Fall ist. Zunächst gibt es eine allgemeine Alkoholsteuer, welche 1303 Euro pro Hektoliter reinen Alkohol umfasst. Zusätzlich dazu fällt je nach Getränkeart eine andere Steuer an. Insgesamt gibt es drei weitere Verbrauchsteuern auf Bier, Schaumwein- und Zwischenerzeugnisse und Alkopops. Die Höhe der Steuern ist unterschiedlich. Beispielsweise fällt für einen Liter Starkbier, 12ct und einem Liter Weizenbier 10ct Biersteuer an. Für eine 0,75 Liter Flasche Schaumwein sind es bereits 1,02 Euro Steuern. Diese Steuern erscheinen für die einzelnen Flaschen recht niedrig, jedoch sind darin nicht die zusätzliche Alkoholsteuer und die Mehrwertsteuer enthalten. Weiterhin ist das Steueraufkommen für das Jahr 2021 dieser Verbrauchssteuern nicht mit denen auf Tabak oder Energie zu vergleichen. Das größte Steueraufkommen hat die Alkoholsteuer mit 2,1 Mrd. Euro, darauf folgt die Biersteuer mit 600 Mio. Euro, die Schaumwein- und Zwischenerzeugnisssteuer mit 360 Mio. Euro und schließlich die kleinste Verbrauchssteuer, die Alkopopsteuer mit gerade einmal 2 Mio. Euro Steueraufkommen. Zusammen kommen alle Verbrauchssteuern für Alkohol auf 3,062 Mrd. Euro für das Jahr 2021. Das entspricht 0,37% des Gesamtsteueraufkommen (BMF 2022; Generalzolldirektion 2022a). Die nur moderaten Preissteuerungen unter dem Niveau des allgemeinen Preislevels sind daher auch so gering im Vergleich zu Tabak, weil Alkohol viel niedriger besteuert und reguliert wird.

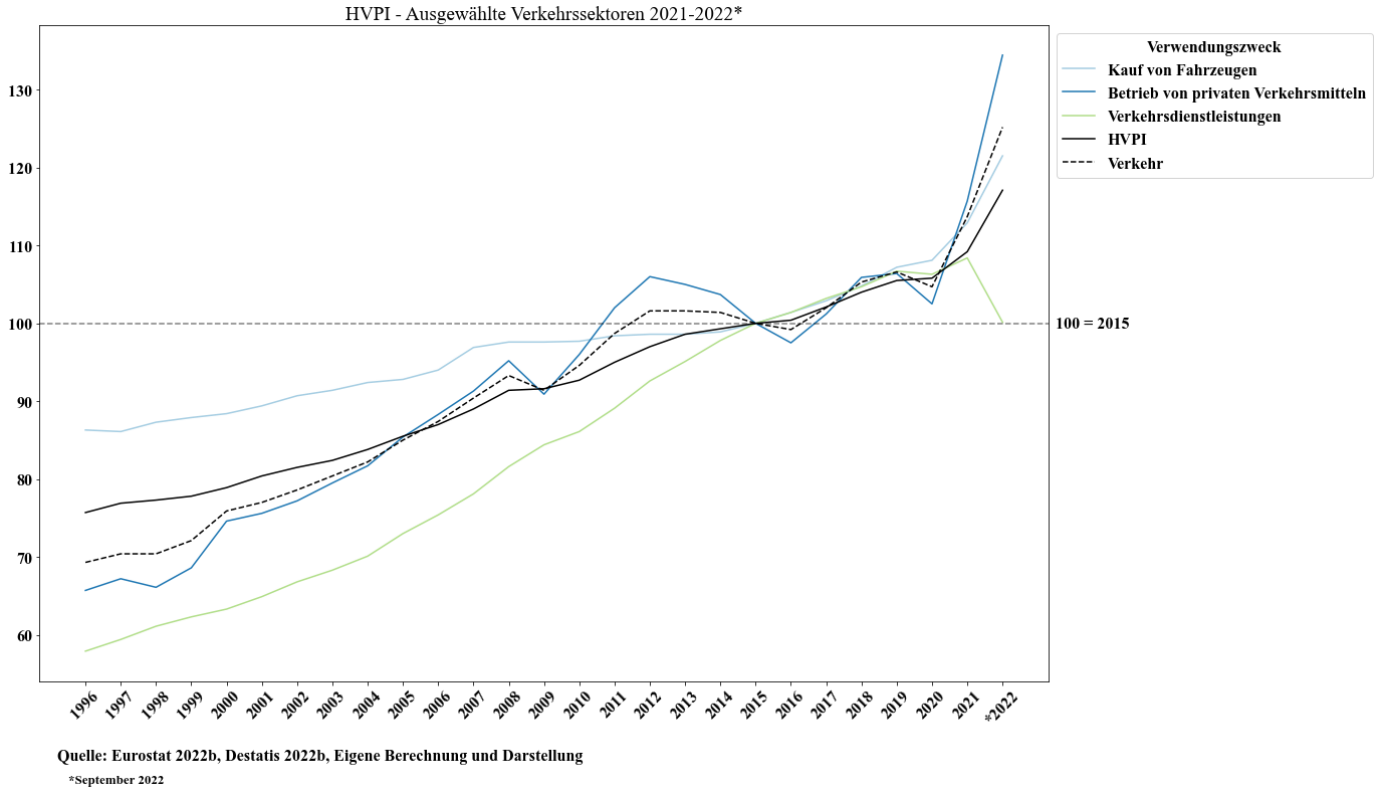
Die Kategorien Nahrungsmittel, Getränke und Lifestyle weisen unterschiedliche Preisentwicklungen auf. Bis auf einzelne Ausnahmen sind diese jedoch sehr nah an der Steigung des allgemeinen Preislevels. Die Fülle an Verbrauchssteuern in diesem Bereich scheint mehr fiskalischer als lenkender Struktur zu sein. Vor allem die steigenden Preise für Tabakwaren sind maßgeblich auf Steuern zurückzuführen. Diese Entwicklung wird sich angesichts weiterer Steuererhöhungen in den nächsten Jahren fortsetzten. Ob sich der Tabakkonsum daraufhin jedoch reduziert, bleibt fraglich.

3.2.4 Verkehr

Als Letztes wird der Verkehrssektor näher betrachtet. Dieser macht mit 15% den drittgrößten Anteil am HVPI aus und ist gleichzeitig mit knapp 12,9% die drittgrößte Ausgabekategorie über alle privaten Konsumausgaben hinweg. Das Besondere an der Verkehrskategorie ist, dass diese erst für Haushalte der zweitniedrigsten Einkommensgruppe auf Platz drei steht. Mit einem Anteil von 5% an den privaten Konsumausgaben geben Haushalte der niedrigsten Einkommensgruppe weniger für Verkehr aus als für Freizeit, Unterhaltung und Kultur, was 9.5% Anteil an den privaten Konsumausgaben ausmacht. Im Vergleich dazu geben Haushalte der höchsten Kategorie 16% ihrer privaten Konsumausgaben für Verkehr aus (siehe Tabelle 3). Das ist mehr als dreimal so viel wie die niedrigste Einkommensgruppe. Der Wert steigt kontinuierlich mit der Höhe des verfügbaren Nettoeinkommens.

Abbildung 10 zeigt die Entwicklung der einzelnen Komponenten der Verkehrskategorie im Zeitverlauf. Zu erkennen ist, dass die Preise für Verkehrsdienstleistungen deutlich stärker angestiegen sind als die von Kauf von Fahrzeugen. Der Betrieb von privaten Verkehrsmitteln

Abbildung 10: Ausgewählte Verkehrssektoren



folgt der Entwicklung des allgemeinen Preislevels. Der gesamte Verkehrsbereich entwickelte sich von einem Indexwert von 69,3 im Jahr 1996 zu 104,7 im Jahr 2020 und befindet sich im Jahr 2022 bei 125,2. Eine ungewöhnliche Entwicklung zeigen die Verkehrsdienstleistungen im aktuellen Jahr. Sie fielen vom Jahr 2021 auf das Jahr 2022 von einem Indexwert von 108,4 auf 101,1.

Eine bessere Betrachtung zur Erklärung dieser starken Preissenkung liefert Abbildung 11. Diese zeigt die Preisentwicklungen zum aktuellen Jahr. Zunächst einmal sieht man eine Reduktion des Preises beim Betrieb von privaten Verkehrsmitteln und Verkehrsdienstleistungen zwischen Juni und August 2022. Die Preissenkung von Ersterem lässt sich auf den bereits in Kapitel 3.2.2 erwähnten Tankrabatt zurückführen. Die Steuersenkung auf Benzin und Dieselkraftstoffe hat die Kosten zum Betrieb von privaten Verkehrsmitteln spürbar reduziert. Laut ersten Untersuchungen wurde die temporäre Steuerreduzierung im Falle von Diesel zu 100% und im Falle von Benzin zu ca. 85% an den Konsumenten weitergegeben (Fuest et al. 2022). Diese Maßnahme kam jedoch hauptsächlich gutverdienenden Haushalten zugute, welche dadurch die größte Entlastung erfahren haben. Gleichzeitig ist die

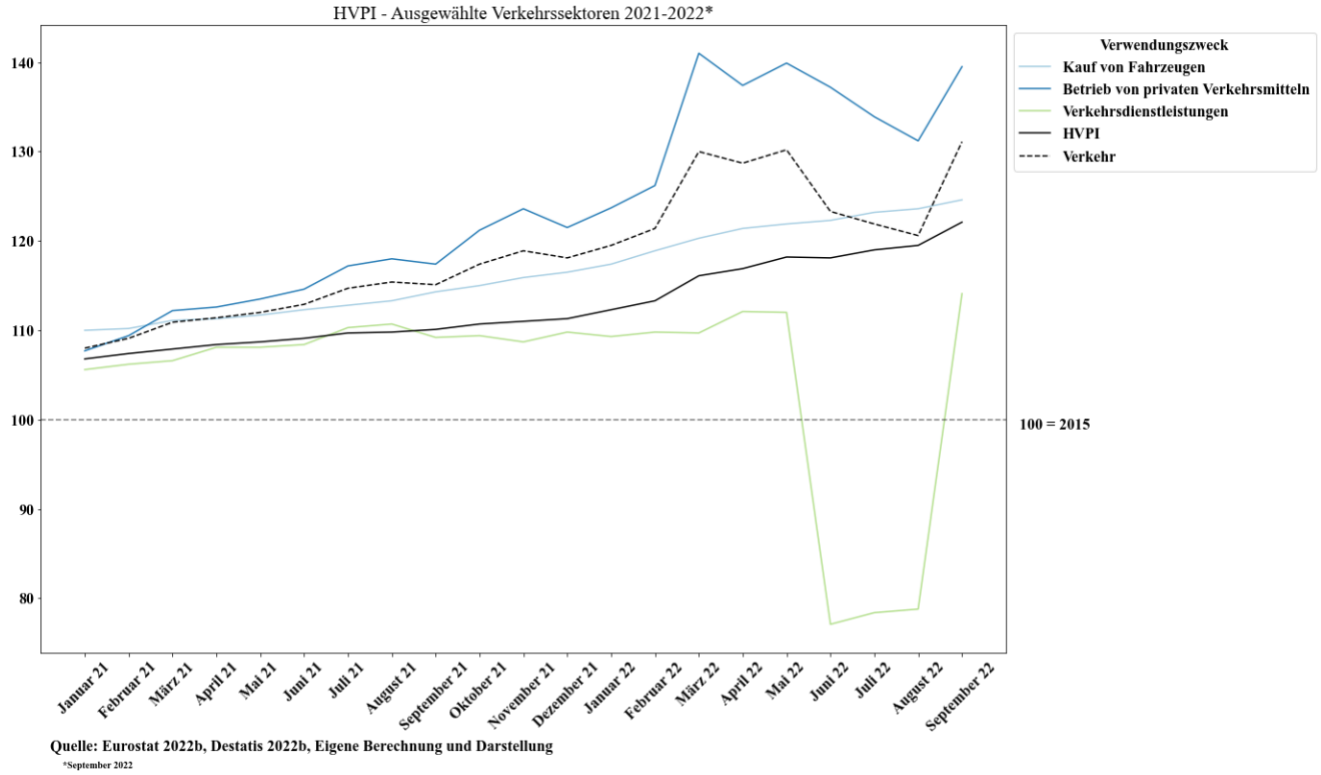
Signalwirkung von temporären Steuersenkungen in Krisenzeiten und Ressourcenknappheiten nicht zu empfehlen. Die Anreize, Kraftstoff zu sparen, werden dadurch erheblich gesenkt. Die erforderliche Nachfragereduktion wurde ausgebremst.

Die noch viel stärkere Reduktion von Preisen im Verkehrssektor ist jedoch auf die massive Reduktion von Preisen für Verkehrsdienstleistungen zurückzuführen. Diese Reduktion kann durch das in Deutschland eingeführte einheitliche „9-Euro-Ticket“ erklärt werden. Es wurde ebenfalls für die Monate Juni, Juli und August 2022 eingeführt und beinhaltete ein bundesweites ÖPNV-Ticket für 9 Euro im Monat. Finanziert wurde dieses durch staatliche

Abbildung 11: Ausgewählte Verkehrssektoren

Mittel in Höhe

von 2,5 Mrd. Euro für diese drei Monate (Bundesregierung 2022a). Es handelt sich hierbei also



nicht um eine Preissenkung aufgrund von Kostenreduzierung oder Angebotsausweitung, sondern schlicht um eine Umverteilungsmaßnahme zu Gunsten des öffentlichen Nahverkehrs. Der Vorteil dieses Tickets ist, dass es Autofahrten verhindert und so Energie eingespart hat (VDV 2022). Die Bundesregierung plant aktuell ein Nachfolgemodell des 9-Euro-Tickets für 49 Euro im Monat, finanziert teilweise aus Bundes- und Landesmitteln. Auch dies ist keine Maßnahme zur dauerhaften Preisreduktion. Es handelt sich lediglich um eine staatliche Subvention und Umverteilung.

Langfristig können Preise im Verkehrssektor nur dann sinken, wenn vor allem die Kosten für den Betrieb von Kraftfahrzeugen und Verkehrsdienstleistungen als wichtigsten Inputfaktor

gesenkt werden können. Sofern die Transition zur E-Mobilität weiter voranschreitet, muss auch sichergestellt werden, dass der benötigte Strom zu adäquaten Preisen vorhanden ist. Sofern dies nicht erfüllt ist, ist auch im Verkehrssektor damit zu rechnen, dass Preise für den Betrieb sowohl von Verkehrsdienstleistungen als auch von privaten PKWs steigen werden. Der Verkehrssektor gehört damit zu einer Kategorie, die auch in Zukunft in besonderem Maße von steigenden Energiekosten betroffen sein wird.

4. Fazit

Diese Arbeit untersuchte, welche Steuern- und Regulierungen das Preisniveau steigen lassen Die meisten solcher, häufig mit guten Intentionen gefassten, Eingriffe internalisieren jedoch nicht lediglich externe Effekte, sondern schränken durch unnötige Regulierungen das Angebot ein. Daher ist die Aufrechterhaltung solcher Regulierung mit Hinblick auf stetig steigende Verbraucherpreise höchst fragwürdig.

Zunächst konnte eine tiefgreifende Analyse des allgemeinen Preislevels zeigen, dass dieses kontinuierlich über fast alle Verwendungszwecke hinweg in den letzten Jahren gestiegen ist. Besondere Aufmerksamkeit dieses Gutachtens galt den größten Kategorien des HVPIs. Die Kategorien Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, Alkoholische Getränke und Tabak (Lifestyle), Wohnung, Wasser, Elektr., Gas u.a. Brennstoffe und Verkehr machen zusammen weit mehr als die Hälfte des Indexes aus. Zudem geben Haushalte für die Kategorien Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren u. Ä., Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung und Verkehr fast Zweidrittel ihrer privaten Konsumausgaben aus. Eine Preissteigerung in diesen Kategorien hat somit erheblichere Auswirkungen auf die steigenden Lebenskosten als die anderen Kategorien. Weiterhin konnte demonstriert werden, dass vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen, die über 95% ihres Bruttoeinkommens für private Konsumausgaben ausgeben, stärker von steigenden Preisen betroffen sind als Haushalte der höchsten Einkommenskategorie, welche gerade einmal 44% ihres Bruttoeinkommens für den privaten Konsum verwenden.

Der Wohnungsmarkt für Nutzung von Wohnungen entwickelt sich fast identisch zum allgemeinen Preislevel, wohingegen der Kauf von Wohnungen seit 2008/2009 immensen Preissteigerungen ausgesetzt ist. Generell ist angesichts historisch niedriger Leerstände die Anzahl der neugebauten Wohnungen zu niedrig. Preisdeckelungen durch Mietpreisbremsen, hohe Auflagen für Neubauten, Personalmangel oder lange Planungsverfahren treiben Baupreise in die Höhe und verhindern eine angebotsseitige Reaktion des Marktes. Nur wenn Kosten sinken und Wohnungsbestände steigen, wird der Preisdruck im Wohnbereich in Deutschland ebenfalls sinken. Dies würde vor allem die unteren Einkommen entlasten. Nachfrageorientierte

Maßnahmen wie Wohngeld oder andere Direktzahlungen oder Entlastungen werden nicht zu einer dauerhaften Entspannung führen, sondern eher die Preise weiter anheizen.

Durch die umfangreichen staatlichen Eingriffe in Form von Verboten und Steuern im Energiesektor werden die hohen Preise in der Zukunft noch weiter steigen. Die Abkehr von sämtlichen konventionellen Energieträgern in kurzer Zeit in Kombination mit einem hohen Anteil an Verbrauchssteuern lässt eine großflächige Ausweitung des Energieangebots in Deutschland unwahrscheinlich erscheinen. Ein Weiterbetrieb von Atomkraftwerken über den Frühling 2023 hinweg könnte beispielsweise die Preise deutlich senken. Nur ein marktorientierter und technologieoffener Wettbewerb unter einer Vielzahl von potenziellen Energieträgern kann Preise unten halten und gleichzeitig eine effiziente Ressourcenallokation herbeiführen.

Die Fülle an Verbrauchssteuern im Bereich Alkoholische Getränke und Tabak scheint mehr fiskalischer als lenkender Struktur zu sein. Vor allem die steigenden Preise für Tabakwaren sind maßgeblich auf Steuern zurückzuführen, deren Zweck bei Koexistenz von starker staatlicher Regulierung nicht genau nachvollzogen werden kann.

Langfristig können Preise im Verkehrssektor nur dann sinken, wenn Inputkosten gesenkt werden können. Sofern die Transition zur E-Mobilität weiter im vollen Tempo voranschreitet, muss auch sichergestellt werden, dass der benötigte Strom zu adäquaten Preisen vorhanden ist.

Staatliche Eingriffe in den Preismechanismus führen systematisch zu einer Verzerrung von Knappheitssignalen. Temporäre Steuersenkungen sind kein geeignetes Mittel, um den Preisdruck dauerhaft zu reduzieren. Solche Maßnahmen in Krisensituationen geben zusätzlich falsche Spar- bzw. Konsumanreize.

5. Politikempfehlungen

1. Zur langfristigen Senkung von Häuserpreisen müssen Baulandpreise gesenkt und Wohnraum geschaffen werden. Dazu sollte vermehrt auf eine markorientierte Reaktion gesetzt werden durch eine Vereinfachung von Planungsverfahren, einfacherer und schnellere Ausweisung von Bauland. Vorschläge wie ein bundesweiter Mietendeckel zur Begrenzung der Lebenserhaltungskosten werden den Anstieg der Lebenserhaltungskosten kaum dämpfen können. Vielmehr hat das Beispiel in Berlin eindrucksvoll gezeigt, dass Mietendeckel das Angebot an verfügbaren Wohnraum stark einschränkt, was langfristig die Preise für Wohnungen und Häuser steigen lässt.
2. Im Energiesektor sollte vor allem auf eine technologieneutrale Politik gesetzt werden. Der bestehende EU-Zertifikatehandel stellt das optimale Instrument dar, um effizient, kostenorientiert und umweltgerecht CO_2 einzusparen. Laufzeiten von Atomkraftwerken

sollten verlängert werden, da diese den Preisdruck senken können. So würde für Deutschland eine Verlängerung der Laufzeiten über 2023 hinaus für einen bis zu 4% geringeren Strompreis 2023 und einen 1,2% geringeren Strompreis 2024 sorgen. Europäisch könnte der Strompreis um 1,6% geringer im Jahr 2023 und um 0,5% geringer im Jahr 2024 ausfallen. Ein Einstieg in Fracking sollte zudem erwogen werden. Je nach Schätzung könnte sich Deutschland 4 bis 24 Jahre ohne Importe mit Gas versorgen. Zur langfristigen Senkung von Preisen sollten nationale Verbrauchssteuern gesenkt werden und stattdessen mehr Sektoren in den EU-weiten Zertifikatehandel eingegliedert werden.

3. Als Krisenbekämpfung sind temporäre, generelle Steuersenkungen suboptimal, da diese zu ungewollten, nicht förderlichen und falschen Anreizen der Nachfrage führen kann. Zur Unterstützung einkommensschwacher Haushalte sollte man stattdessen auf gezielte Transfers setzen.
4. Von öffentlichen Gesundheitskampagnen fiskalischer Natur wie die britische Zuckersteuer sollte in Deutschland auch zukünftig Abstand genommen werden. Die Erfahrungen der Nachbarländer legen nah, dass sie keinen effektiven Beitrag zur Gesundheitsförderung leisten, gleichzeitig jedoch insbesondere niedrige Einkommensschichten besonders hart treffen.
5. Preise im Verkehrssektor können nur dann sinken, wenn Kosten für den Betrieb von Kraftfahrzeugen und Verkehrsdienstleistungen gesenkt werden. Da eine Verkehrswende hin zur E-Mobilität in allen Bereichen des Verkehrs angestrebt wird, muss gleichzeitig auch die benötigte Energieversorgung sichergestellt werden. Eine offenere Herangehensweise zur Findung alternativer Kraftstoffe und Antriebstechnologien sollte forciert werden. Maßnahmen wie das 9-Euro-Ticket beziehungsweise das 49-Euro-Ticket sind keine dauerhafte Maßnahme zur Reduktion der Inflation, sondern eine Subvention einer bestimmten Mobilitätsform.

Literaturverzeichnis

Anke, Carl-Philipp; Möst, Dominik (2021): The expansion of RES and the EU ETS – valuable addition or conflicting instruments? In: *Energy Policy* 150, S. 112125. DOI: 10.1016/j.enpol.2020.112125.

Arlia, Daniela; Dolls, Mathias; Fuest, Clemens; Gstrein, David; Krolage, Carla; Neumeier, Florian (2022): Entwicklungen am Berliner Immobilienmarkt ein Jahr nach dem Mietendeckel. In: *ifo Schnelldienst* 75 (04), S. 50–55. Online verfügbar unter https://www.econstor.eu/handle/10419/260753.

BASE (2022): Der Atomausstieg in Deutschland. Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung. Online verfügbar unter https://www.base.bund.de/DE/themen/kt/ausstieg-atomkraft/ausstieg_node.html.

BDEW (2021): Entwicklung der Beheizungsstruktur des Wohnungsbestandes in Deutschland. Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. Online verfügbar unter https://www.bdew.de/media/documents/Wohnungsbestand_Beheizungsstruktur_Entw_ab_1995_online_o_dw_jaehrlich_CMi_18032022.pdf.

BGR (2016): Schieferöl und Schiefergas in Deutschland–Potenziale und Umweltaspekte. Hannover.

BMF (2022): Verbrauchsteuern. Bundesministerium der Finanzen. Online verfügbar unter https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Zoll/Erhebung-Steuern-Zoelle/verbrauchsteuern.html#Inhaltsverzeichnisef06d1e3-b9f3-48e9-826a-0a2645d6c344.

BMUV (2022): Fragen und Antworten zum Kohleausstieg in Deutschland. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Online verfügbar unter https://www.bmuv.de/themen/klimaschutz-anpassung/klimaschutz/nationale-klimapolitik/fragen-und-antworten-zum-kohleausstieg-in-deutschland.

BMWK (2022): Fracking. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Online verfügbar unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Industrie/fracking.html.

BP (2022): BP statistical review of world energy. Online verfügbar unter https://www.bp.com/content/dam/bp/business-sites/en/global/corporate/pdfs/energy-economics/statistical-review/bp-stats-review-2022-full-report.pdf.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017): Lücken in der Leerstandsforschung – Wie Leerstände besser erhoben werden können. Online verfügbar unter https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/berichte-kompakt/2013-2017/bk-02-2017-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=1.

Bundesregierung (2020): Tabakwerbung wird weitgehend verboten. Online verfügbar unter https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/tabakwerbeverbot-1766070.

Bundesregierung (2022a): 9-Euro-Ticket 52 Millionen Mal verkauft. Online verfügbar unter https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/faq-9-euro-ticket-2028756.

Bundesregierung (2022b): Es geht um die Versorgungssicherheit. Online verfügbar unter https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/weiterbetrieb-kernkraftwerke-2135796.

Bundesregierung (2022c): Fragen und Antworten zum „Tankrabatt“. Online verfügbar unter https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/faq-energiesteuersenkung-2049702.

Bundeszentrale für politische Bildung (2011): Steuern. Online verfügbar unter https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/pocket-politik/16558/steuern/#:~:text=Zwangsabgabe%2C%20die%20der%20Staat%20von,zur%20Bezahlung%20seiner%20vielf%C3%A4ltigen%20Ausgaben.

Bundeszentrale für politische Bildung (2016): Regulierung. Online verfügbar unter https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20504/regulierung/.

Destatis (2020a): Einkommen, Einnahmen und Ausgaben nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen, Deutschland. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden. Online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Einkommen-Einnahmen-Ausgaben/Tabellen/liste-haushaltsnettoeinkommen.html#115602.

Destatis (2020b): Konsumausgaben privater Haushalte nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen, Deutschland. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden. Online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Konsumausgaben-Lebenshaltungskosten/Tabellen/privater-konsum-haushaltsnettoeinkommen-lwr.html.

Destatis (2021a): Bruttostromerzeugung1 in Deutschland für 2019 bis 2021. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden. Online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Energie/Erzeugung/Tabellen/bruttostromerzeugung.html#fussnote-2-103884.

Destatis (2021b): Preisindizes für Wohnimmobilien: Indizes und Veränderungsraten. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden. Online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Baupreise-Immobilienpreisindex/Tabellen/Haeuserpreise-Bauland.html#241692.

Destatis (2021c): Tabaksteuereinnahmen. Statistisches Bundesamt. Online verfügbar unter https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=find&suchanweisung_language=de&query=Tabaksteuer#abreadcrumb.

Destatis (2022a): Absatz von Tabakwaren 2021. Statistisches Bundesamt. Online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/01/PD22_019_79911.html#:~:text=Die%20Menge%20des%20versteuerten%20Feinschnitts,%2C0%20%25%20mehr%20als%202020.&text=Der%20Trend%20zum%20Pfeifentabak%20ist,als%20in%20den%20Jahren%20davor.

Destatis (2022b): Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). Statistisches Bundesamt. Wiesbaden. Online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/Methoden/Erlaeuterungen/harmonisierter-verbraucherpreisindex.html.

Destatis (2022c): Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Deutschland. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden. Online verfügbar unter https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=statistic&levelindex=&levelid=&code=61121&option=table&info=on#abreadcrumb.

Destatis (2022d): Steuereinnahmen. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden. Online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Steuern/Steuereinnahmen/steuereinnahmen.html.

Destatis (2022e): Verbraucherpreisindex (VPI). Statistisches Bundesamt. Wiesbaden. Online verfügbar unter

https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/Methoden/Erlaeuterungen/verbraucherpreisindex.html.

empirica - CBRE Group (2021): CBRE-empirica-Leerstandsindex 2021. Online verfügbar unter https://www.empirica-institut.de/nc/nachrichten/details/nachricht/cbre-empirica-leerstandsindex-2021/.

en2x (2022): Verbraucherpreise. Wirtschaftsverband Fuels und Energie e. V. Online verfügbar unter https://en2x.de/service/statistiken/verbraucherpreise/.

Endres, Lukas; Tober, Silke (2022): IMK Inflationsmonitor (IMK Policy Brief Nr. 138, November 2022). Online verfügbar unter https://www.imk-boeckler.de/fpdf/hbs-008223/p_imk_pb_114_2022.pdf.

Europäische Kommission (2022): EU taxonomy for sustainable activities. Online verfügbar unter https://finance.ec.europa.eu/sustainable-finance/tools-and-standards/eu-taxonomy-sustainable-activities_de.

Europäische Zentralbank (2009a): Satzung des ESZB und der EZB. AEU-Vertrag. Online verfügbar unter https://www.ecb.europa.eu/ecb/tasks/html/index.de.html.

Europäische Zentralbank (2009b): Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union. AEU-Vertrag. Online verfügbar unter https://www.ecb.europa.eu/ecb/tasks/html/index.de.html.

Eurostat (2022a): HVPI - Gewichte der Indizes. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/PRC_HICP_INW__custom_3361654/default/table?lang=de.

Eurostat (2022b): Klassifikation des individuellen Verbrauchs nach Verwendungszwecken COICOP, angepaßt an die Bedürfnisse der HVPI. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/eurostat/ramon/nomenclatures/index.cfm?TargetUrl=LST_NOM_DTL&StrNom=HICP_2000&StrLanguageCode=DE&IntPcKey=37591913&StrLayoutCode=HIERARCHIC&IntCurrentPage=1.

ExpKom (2021): Bericht Expertenkommission Fracking. Expertenkommission. Online verfügbar unter https://expkom-fracking-whg.de/lw_resource/datapool/systemfiles/elements/files/C5D4DD128BEF7FDBE0537E695E86475A/live/document/Bericht_ExpertenkommissionFracking_2021.pdf.

Fuest, Clemens; Neumeier, Florian; Stöhlker, Daniel (2022): Der Tankrabatt: Haben die Mineralölkonzerne die Steuersenkung an die Kunden weitergegeben? In: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* (23(2)), S. 74–80. Online verfügbar unter https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/pwp-2022-0024/html.

Galí, Jordi (2015): Monetary policy, inflation, and the business cycle. An introduction to the new Keynesian framework. 2nd. ed. Princeton, N.J.: Princeton University Press.

Generalzolldirektion (2022a): Alkohol, Tabakwaren und Kaffee. Online verfügbar unter https://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Steuern/Verbrauchsteuern/Alkohol-Tabakwaren-Kaffee/alkohol-tabakwaren-kaffee_node.html.

Generalzolldirektion (2022b): Energiesteuer. Online verfügbar unter https://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Steuern/Verbrauchsteuern/Energie/energie_node.html.

Generalzolldirektion (2022c): Stromsteuer. Online verfügbar unter https://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Steuern/Verbrauchsteuern/Strom/strom_node.html.

Generalzolldirektion (2022d): Tabaksteuer. Online verfügbar unter https://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Steuern/Verbrauchsteuern/Alkohol-Tabakwaren-Kaffee/Steuerhoehe/Tabak/tabak_node.html.

Hall, Robert E. (1978): Stochastic Implications of the Life Cycle-Permanent Income Hypothesis: Theory and Evidence. In: *Journal of Political Economy* 86 (6), S. 971–987. DOI: 10.1086/260724.

HMSI (2022): Nichtraucherschutzgesetz. Hessisches Ministerium für Soziales und Integration. Online verfügbar unter https://soziales.hessen.de/gesundheit/sucht-und-suchthilfe/nichtraucherschutzgesetz#:~:text=Mit%20dem%20Hessischen%20Nichtrauchersch utzgesetz%20wurden,Substanzen%20des%20Rauches%20wirkungsvoll%20gesch%C3%BCt zt.

Jugendschutzgesetz § 9: Alkoholische Getränke. Online verfügbar unter https://www.gesetze-im-internet.de/juschg/__9.html.

Mankiw, N. Gregory (2017): Makroökonomik. 7. Auflage 2017. Stuttgart: Schäffer Poeschel. Online verfügbar unter http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:24-epflicht-1232390.

Michaela Fürsch; Christiane Golling; Marco Nicolosi; Ralf Wissen; Dr. Dietmar Lindenberger (2010): European RES-E Policy Analysis: a model-based analysis of RESE deployment and its impact on the conventional power market. Köln.

Mier, Mathias (2022): Erdgas-und Strompreise, Gewinne, Laufzeitverlängerungen und das Klima. Online verfügbar unter https://www.ifo.de/docdl/sd-2022-09-mier-erdgaspreise-strompreise-klima.pdf.

Papadamou, Stephanos; Kyriazis, Nikolaos A.; Tzeremes, Panayiotis G. (2019): Unconventional monetary policy effects on output and inflation: A meta-analysis. In: *International Review of Financial Analysis* 61, S. 295–305. Online verfügbar unter https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/s1057521918301455.

Perman, Roger; Ma, Yue; Common, Michael; Maddison, David; Mcgilvray, James (2013): Natural Resource and Environmental Economics. 4th. Harlow, United Kingdom: Addison Wesley. Online verfügbar unter https://elibrary.pearson.de/book/99.150005/9780273760375.

Romer, David (2021): Advanced macroeconomics. 5. ed. New York: McGraw-Hill Education (McGraw-Hill education EMEA economics).

Soyres, François de; Santacreu, Ana Maria; Young, Henry (2022): Fiscal policy and excess inflation during Covid-19: a cross-country view. In: *FEDS Notes* (2022-07-15).

Umweltbundesamt (2022): Der Europäische Emissionshandel. Online verfügbar unter https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/der-europaeische-emissionshandel#teilnehmer-prinzip-und-umsetzung-des-europaischen-emissionshandels.

VDV (2022): Bilanz zum 9-Euro-Ticket. Verband Deutscher Verkehrsunternehmen. Online verfügbar unter https://www.vdv.de/bilanz-9-euro-ticket.aspx.

Wollmershäuser, Timo (2022): Inflation frisst Überschussersparnis. Ifo Schnelldienst 02/2022. Online verfügbar unter https://www.ifo.de/docdl/sd-2022-digital-04-wollmershaeuser-inflation-ueberschussersparnis.pdf.

Wollmershäuser, Timo; Ederer, Stefan; Lay, Max; Lehmann, Robert; Link, Sebastian; Fourné, Friederike et al. (2022): ifo Konjunkturprognose Sommer 2022: Inflation, Lieferengpässe und Krieg bremsen wirtschaftliche Erholung in Deutschland. Ifo Schnelldienst 06/2022 Sonderausgabe Juni. Online verfügbar unter https://www.ifo.de/publikationen/2022/zeitschrift-einzelheft/ifo-schnelldienst-sonderausgabe-juni-2022.

Anhang

Tabelle 1: Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2020

	Haushaltsnettoeinkommen					
	Insgesamt	unter 1.300 €	1.300€ bis 2.600€	2.600€ bis 3.600€	3.600€ bis 5.000€	über 5.000€
Haushaltsbruttoeinkommen	4715	1052	2390	3886	5549	9954
Haushaltsnettoeinkommen	3612	891	1944	3073	4235	7364
Private Konsumausgaben	2507	1000	1663	2311	2940	4338
in % an Bruttoeinkommen	53.2%	95.1%	69.6%	59.5%	53.0%	43.6%
Andere Ausgaben	2049	290	648	1334	2474	5164

Quelle: Destatis 2020a, Destatis 2020b, eigene Berechnungen und Darstellung

Tabelle 2: Struktur der Konsumausgaben privater Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2020 - Anteil an Bruttoeinkommen

	Haushaltsnettoeinkommen					
Verwendungszweck	Insgesamt	unter 1.300 €	1.300€ bis 2.600€	2.600€ bis 3.600€	3.600€ bis 5.000€	über 5.000€
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren u. Ä.	8.2%	18.0%	11.9%	9.6%	8.3%	6.0%
Bekleidung und Schuhe	2.0%	2.8%	2.4%	2.2%	2.0%	1.7%
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	19.6%	47.2%	29.1%	23.5%	19.6%	13.7%
Innenausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände	3.4%	4.7%	3.7%	3.6%	3.4%	3.2%
Gesundheit	2.3%	2.3%	2.0%	2.0%	2.1%	2.5%
Verkehr	6.9%	4.8%	7.2%	6.7%	6.9%	7.0%
Post und Telekommunikation	1.4%	3.5%	2.3%	1.8%	1.4%	1.0%
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	5.1%	6.2%	5.9%	5.5%	4.8%	4.8%
Bildungswesen	0.3%	-0.4%	0.2%	0.3%	0.3%	0.3%
Beherbergungs- und Gaststättendienst-leistungen	2.2%	2.3%	2.2%	2.3%	2.4%	2.0%
andere Waren und Dienstleistungen	1.9%	3.1%	2.6%	2.1%	1.9%	1.5%

Quelle: Destatis 2020a, Destatis 2020b, eigene Berechnungen und Darstellung

Tabelle 3: Struktur der Konsumausgaben privater Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2020 - Anteil an privaten Konsumausgaben

	Haushaltsnettoeinkommen					
Verwendungszweck	Insgesamt	unter 1.300 €	1.300€ bis 2.600€	2.600€ bis 3.600€	3.600€ bis 5.000€	über 5.000€
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren u. Ä.	15.4%	18.9%	17.1%	16.2%	15.6%	13.7%
Bekleidung und Schuhe	3.7%	2.9%	3.5%	3.7%	3.8%	3.9%
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	36.8%	49.7%	41.8%	39.5%	36.9%	31.5%
Innenausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände	6.4%	4.9%	5.3%	6.0%	6.4%	7.3%
Gesundheit	4.3%	2.4%	2.9%	3.4%	3.9%	5.7%
Verkehr	12.9%	5.0%	10.4%	11.3%	13.0%	16.0%
Post und Telekommunikation	2.7%	3.7%	3.3%	3.0%	2.6%	2.2%
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	9.5%	6.5%	8.5%	9.2%	9.1%	10.9%
Bildungswesen	0.6%	-0.4%	0.3%	0.5%	0.6%	0.8%
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4.1%	2.4%	3.1%	3.8%	4.5%	4.7%
andere Waren und Dienstleistungen	3.6%	3.3%	3.8%	3.6%	3.6%	3.4%

Quelle: Destatis 2020b, eigene Berechnung und Darstellung

Tabelle 4: Leerstandsquoten in den deutschen Bundesländern sowie in ausgewählten Städten 2007-2020

Leerstandsquoten in %	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Gesamt	3.90%	3.70%	3.70%	3.60%	3.40%	3.30%	3.10%	3.00%	3.00%	2.90%	2.90%	2.80%	2.80%	2.80%
Baden-Würtemberg	2.20%	2.10%	2.20%	2.30%	2.20%	2.00%	1.90%	1.80%	1.70%	1.60%	1.50%	1.40%	1.40%	1.40%
Bayern	2.10%	2.10%	2.10%	2.00%	1.80%	1.70%	1.60%	1.60%	1.50%	1.40%	1.40%	1.30%	1.30%	1.30%
Berlin	4.20%	3.50%	3.30%	2.60%	2.30%	2.00%	1.80%	1.50%	1.20%	1.10%	0.90%	0.80%	0.80%	0.90%
Brandenburg	5.50%	5.80%	5.80%	5.60%	5.30%	5.30%	5.10%	5.00%	5.00%	5.00%	4.90%	4.90%	4.70%	4.70%
Bremen	4.70%	3.50%	3.40%	3.30%	3.40%	3.30%	3.30%	3.10%	2.90%	2.80%	2.80%	2.70%	2.70%	2.80%
Hamburg	1.80%	1.50%	1.00%	0.70%	0.70%	0.70%	0.70%	0.70%	0.60%	0.60%	0.50%	0.50%	0.50%	0.50%
Hessen	2.80%	2.80%	2.80%	2.60%	2.40%	2.20%	2.20%	2.10%	2.00%	2.00%	1.90%	1.80%	1.80%	1.70%
Mecklenburg-Vorpommern	5.60%	5.40%	5.30%	5.20%	5.10%	4.90%	4.80%	4.70%	4.70%	4.80%	4.80%	4.80%	4.80%	4.80%
Niedersachsen	4.10%	3.90%	3.80%	3.80%	3.70%	3.60%	3.50%	3.40%	3.40%	3.40%	3.30%	3.30%	3.30%	3.20%
Nordrhein-Westfalen	3.40%	3.50%	3.60%	3.60%	3.40%	3.30%	3.20%	3.10%	3.10%	3.10%	3.00%	3.00%	3.00%	3.00%
Rheinland-Pfalz	3.30%	3.50%	3.50%	3.50%	3.50%	3.50%	3.40%	3.30%	3.30%	3.20%	3.10%	3.10%	3.00%	3.00%
Saarland	4.30%	4.00%	4.30%	4.40%	4.30%	4.20%	4.20%	4.30%	4.10%	4.10%	4.20%	4.20%	4.30%	4.40%
Sachsen	8.40%	7.70%	7.70%	7.60%	7.50%	7.20%	6.80%	6.50%	6.50%	6.50%	6.40%	6.40%	6.40%	6.60%
Sachsen-Anhalt	8.90%	8.20%	8.00%	7.70%	7.50%	7.20%	7.00%	7.00%	7.20%	7.30%	7.50%	7.70%	7.80%	8.10%
Schleswig-Holstein	3.10%	3.00%	3.00%	2.90%	2.90%	2.90%	2.80%	2.70%	2.70%	2.60%	2.60%	2.50%	2.50%	2.50%
Thüringen	6.20%	5.40%	5.50%	5.50%	5.40%	5.20%	5.10%	5.20%	5.20%	5.40%	5.50%	5.70%	5.80%	6.00%
Berlin	4.20%	3.50%	3.30%	2.60%	2.30%	2.00%	1.80%	1.50%	1.20%	1.10%	0.90%	0.80%	0.80%	0.90%
Hamburg	1.80%	1.50%	1.00%	0.70%	0.70%	0.70%	0.70%	0.70%	0.60%	0.60%	0.50%	0.50%	0.50%	0.50%
Bremen	4.70%	3.50%	3.40%	3.30%	3.40%	3.30%	3.30%	3.10%	2.90%	2.80%	2.80%	2.70%	2.70%	2.80%
München	1.50%	1.90%	1.60%	1.20%	0.60%	0.50%	0.40%	0.40%	0.20%	0.20%	0.20%	0.20%	0.20%	0.20%
Frankfurt	2.40%	2.20%	1.80%	1.20%	1.00%	0.80%	0.70%	0.60%	0.50%	0.50%	0.40%	0.30%	0.20%	0.20%
Leipzig	9.70%	10.40%	10.00%	9.70%	9.50%	8.30%	7.10%	6.00%	5.30%	4.70%	3.50%	2.90%	2.80%	2.70%

Quelle: empirica - CBRE Group (2021)